

Es heißt nun in den §§ 18 bis 19 c, den Strafparagrafen dieses Gesetzes, daß derjenige mit Geldstrafe bis zu 150 Mark bestraft werden kann, der der Behörde keine Anzeige von den Satzungen oder dem Vorstände erstattet oder der Polizeibehörde von etwaigen Änderungen keine Mitteilung macht. Stellen Sie sich vor, daß in dem Vorstände eines Vereins, der nach der Auffassung der Behörde als ein politischer Verein zu betrachten ist, sich im Laufe eines Jahres eine Veränderung vollzieht und die Behörde durch einen Zufall hiervon Kenntnis erhält — schon wird so ein kleiner Verein mit einer horrenden Strafe bis zu 150 Mark bestraft.

Ferner kann mit Geldstrafe bis zu 150 Mark der Veranstalter oder Leiter einer Versammlung bestraft werden, der den beiden Polizeibeamten keine „angemessene“ Plätze zuweist. (Lachen bei den Kommunisten.) Der Polizeibeamte kann sich also jetzt nicht nur damit rächen, daß er die Versammlung auflöst, sondern auch damit, daß er den Veranstalter der Versammlung zur Anzeige bringt, und dieser muß dann unter Umständen 150 Mark dafür zahlen, daß es ihm nicht möglich war, den Ansprüchen des Polizeibeamten auf einen „angemessenen“ Platz zu genügen.

Ferner kann mit einer Geldstrafe bis zu 150 Mark bestraft werden, wer sich — nachdem die Versammlung für aufgelöst erklärt worden ist — nicht sofort aus dem Lokale entfernt. Das Gesetz sieht zwei Möglichkeiten der Auflösung vor: einmal die Auflösung durch den Leiter der Versammlung und dann die Auflösung der Versammlung durch den Beamten. Hier wird kein Unterschied gemacht. Nun stellen Sie sich vor: Eine Versammlung ist einberufen, vielleicht nur zu dem Zweck, den Referenten sprechen, eine Diskussion aber nicht stattfinden zu lassen. Jetzt verlangt die Mehrheit der Versammlung trotzdem eine Diskussion, der Versammlungsleiter aber erklärt, daß die Versammlung, nachdem der Referent gesprochen habe, sofort aufgelöst sei. Jetzt gehen die Teilnehmer der Versammlung nicht gleich auseinander, und nun können alle diejenigen, die sich der Aufforderung des Vorsitzenden nicht fügen, mit Geldstrafe bis zu 150 Mark bestraft werden. („Hört! Hört!“ bei den Kommunisten.)

Nach § 19 wird Geldstrafe oder Gefängnisstrafe bis zu drei Monaten über denjenigen verhängt, der eine Versammlung unter

freiem Himmel abhält, wenn sie nicht angezeigt ist oder obwohl sie verboten ist. Es besteht durchaus die Möglichkeit, daß die Behörde dem Veranstalter einer solchen Versammlung nicht rechtzeitig davon Kenntnis gibt, daß diese Versammlung nicht zugelassen wird — so daß, durch Handzettel und andere Agitationsmittel benachrichtigt, die Eingeladenen an der betreffenden Stelle zusammenkommen, die für die Demonstration unter freiem Himmel vorgesehen war. Daraus kann gefolgert werden, daß der Veranstalter gegen den Willen der Behörde diese Veranstaltung einberufen hat, und er kann mit Gefängnis bis zu drei Monaten bestraft werden. Das ist eine solche Ungeheuerlichkeit in dem Gesetz, daß man nicht von einer loyalen und gesetzlichen Regelung des in der Verfassung festgelegten Vereins- und Versammlungsrechts sprechen kann, sondern von der Einführung größter Willkür und Schärfe gegen mißliebige politische Vereine. („Sehr richtig!“ bei den Kommunisten.)

In § 19 a ist vorgesehen, daß mit Geldstrafe und Gefängnis bis zu drei Monaten bestraft werden kann, wer unbefugt bewaffnet in einer Versammlung erscheint. Der Begriff der Waffe ist in dem Gesetz nicht umrissen. Alles mögliche kann als Waffe angesehen werden, ein Schlagring oder sonst etwas. Der Träger dieser Waffe kann dann mit einer schweren Geldstrafe oder Gefängnis bestraft werden.

In § 19 b ist vorgesehen, daß unbegrenzt Gefängnis und Geldstrafe über den verhängt werden kann, der an einer aufgelösten Personenverbindung, also einem aufgelösten Verein, teilnimmt, wenn er direkt als Teilnehmer in Frage kommt oder durch Zahlung von Geld oder in anderer Weise den verbotenen Verein unterstützt. Was „auf andere Weise“ bedeutet, ist wiederum vollkommene Willkür der Beamten oder der Richter. Vielleicht ist es in den Augen des Gesetzgebers schon eine Unterstützung eines verbotenen Vereins, wenn sich Personen zusammenfinden, die gegen eine solche Auflösung eines Vereins Protest erheben (Abgeordneter Marckwald: „Selbstverständlich!“), eine Unterstützung, die nach § 19 b mit Gefängnis oder Geldstrafe zu ahnden ist.

In § 19 c ist das Recht der Beschlagnahme von Sachen enthalten, die zur Begehung der strafbaren Handlung gebraucht werden. Es heißt hier:

„Neben den Strafen nach § 19 bis § 19 b können Sachen, die zur Begehung der strafbaren Handlung gebraucht worden sind oder dazu bestimmt waren oder die durch die strafbare Handlung hervorgebracht sind, ganz oder teilweise eingezogen werden, auch wenn sie weder dem Täter noch einem Teilnehmer gehören.“

Danach kann ein mißliebiger Gastwirt sogar aus seiner Wirtschaft herausgebracht werden, wenn er eine Versammlung gestattet hat, die nach Meinung der Behörde nicht zulässig war. Man kann mit dem Paragraphen gegen Zeitungsunternehmungen vorgehen, kurz, es bietet dieser Paragraph mit der Beschlagnahme alle Möglichkeit der Brutalität und Schikane gegenüber mißliebigen politischen Vereinen und Personen.

Ich glaube also, und deshalb habe ich dieses Gesetz etwas ausführlich behandelt, daß hier ein Gesetz dem Reichstage unterbreitet worden ist, das in seiner Anwendung und Auswirkung weit über die Einschränkungen hinausgeht, die das vorkriegszeitliche Vereinsgesetz den politischen Vereinen und Versammlungen auferlegt hat. Das ist auch kein Wunder, da dieses Gesetz den ehemaligen deutschnationalen Innenminister von Schiele zum Vater hat. Das Gesetz hat viele Kabinette durchgemacht, bis es jetzt dem Reichstage unter der jetzigen Regierung unterbreitet wurde. Wenn also auch der Verfassungsausschuß, dessen Antrag ich geschäftsordnungsmäßig zu vertreten verpflichtet bin, die Ablehnung des kommunistischen Antrages beantragt, so glaube ich doch, daß schon die Behandlung dieses Gesetzes durch die Presse in der letzten Zeit die Fraktionen des Hauses aufmerksam machen sollte, daß sie in diesem Falle — das möchte ich als Parteimitglied sagen — nicht dem Ausschuß folgen, sondern dem zustimmen, was hier von der kommunistischen Fraktion beantragt wurde.¹

„Sitzungsberichte des Preußischen Landtags, 2. Wahlperiode, 1. Tagung“, 10. Bd.

¹Der Antrag des Ausschusses wurde angenommen. Der Antrag der KPD wurde abgelehnt. *Die Red.*

Antisowjethetze zur Verschleierung arbeiterfeindlicher Politik

*Aus der Rede im Preußischen Landtag
9. Dezember 1926*

Die Rechtsparteien, die Putschisten, brauchen wirklich nicht um die Verfolgung, die ihnen wegen ihrer konterrevolutionären Betätigung zuteil wird, sonderlich besorgt zu sein. Wenn man die Reden des Ministers und des Abgeordneten Kuttner hört, so kann man wirklich nur das Gefühl bekommen, daß hier auf einer Seite recht traurige Gestalten stehen, die den Versuch eines Scheinkampfes gegen eine Front machen, von der sie selber ein Teil sind. Denn es ist doch nicht aus der Welt zu streiten, daß die Überwindung der Konterrevolution nur durch die Arbeiterklasse, und zwar denjenigen Teil der Arbeiterklasse möglich ist, der auf dem Boden des Klassenkampfes steht und der sich in größerem Umfange immer mehr zu einer einheitlichen Kampffront zusammenfindet. Wenn man die Kampfklage von dieser Gegenüberstellung aus betrachtet, so sieht man, daß in der Front, die gegen den revolutionären Teil der Arbeiterschaft kämpft, die Rechtsparteien sowie die Sozialdemokratie stehen. Es berührt wirklich komisch, wenn man die starken Worte hört und schließlich der Minister herkommen muß — weil der Oberreichsanwalt entdeckt hat, daß gegen die Wirtschaftler von rechts nicht der geringste Vorwurf zu erheben sei —, um die Regierung zu entschuldigen, weil sie so frei gewesen ist, auf Grund schwerwiegenden Verdachtsmaterials Haussuchungen vorzunehmen. Wir haben niemals Gelegenheit gehabt, diese Loyalität zu beobachten, wenn etwa gegen Führer der revolutionären Arbeiter vorgegangen wurde — obgleich immerhin auch in diesen Fällen vom Oberreichsanwalt mitgeteilt werden mußte, daß das eingeleitete Verfahren wegen Mangels an Beweisen habe eingestellt werden müssen.

Jeder denkende Arbeiter kennt die eifrigen Bestrebungen im Lager der Rechtsparteien, die darauf hinausgehen, mit Geschick

und Gewalt ihr Ziel zu erreichen, nämlich die vorkriegszeitliche alleinige Herrschaft der Rechtsparteien ganz und unbedingt aufzurichten. Bei diesem Bestreben sind die Mittelparteien nichts weiter als ihre Werkzeuge, traurige Werkzeuge noch dazu, die sich einbilden, sie seien der Staat, der die Konterrevolution bekämpft — ja, da lachen wirklich die Hühner über diese Einbildung. Wenn man diese Heldengestalten sieht, sowohl in der sozialdemokratischen Führerschaft als auch ihre Parteigenossen in Minister- und Polizeipräsidentenstellen, und wenn man im übrigen sieht, wie sie schließlich angstvoll bestrebt sind, jede freiheitliche Entwicklung der Arbeiterklasse zu unterdrücken, dann muß man sagen: Hier kämpft wirklich „Unverstand und Einfalt“ gegen die konterrevolutionären Bestrebungen im Staate. Wir Kommunisten haben immer der Arbeiterschaft gesagt: Rüstet, schließt die Einheitsfront! Nur auf dem Wege der Niederschlagung der Kapitalisten, der ganzen Staatsgewalt, die von den Kapitalisten in der Hand gehalten wird, werdet ihr euch von der Konterrevolution befreien. („Sehr richtig!“ bei den Kommunisten.)

Das sagen aber nicht die Vertreter der Sozialdemokratie und der Mittelparteien, die hier in einem Scheinkampf mit den Rechtsparteien liegen. Sie sagen den Arbeitern: Harmonie, Koalition, verbünden mit den Klassenfeinden des Proletariats. Das sind ihre Waffen, mit denen sie für ihre Position im Staatsleben kämpfen. Das ist keine Arbeiterpolitik. („Sehr richtig!“ bei den Kommunisten.) Es ist deshalb von der rechten Seite nicht tragisch zu nehmen, was hier die Sozialdemokraten gegen die Rechtsparteien an Worten gebrauchen. Taten werden sie ja nie begehen! Denn wenn man sich wirklich einmal zu einer Tat aufschwingt, wie es diese Haussuchung ist, muß man nachher noch sein Bedauern aussprechen.

Wir stellen folgendes fest: Als hier in diesem Hause die Kriminalpolizei ausrückte, um wie Spitzbuben bei Nacht und Nebel die Behälter kommunistischer Abgeordneter aufzubrechen, da geschah es im Kampf gegen die revolutionären Bestrebungen der Arbeiter. Man glaubte, hier Material dafür zu finden. Man hat sogar eine ganze Liste aufgestellt. Es war wirklich „unerhört“, daß der damalige Abgeordnete Geschke eine alte Pistole in sei-

nem Fach hatte, die er einstmals hier als Beweismaterial der Bewaffnung der Rechtsverbände auf den Tisch des Hauses niedergelegt hatte. Das wurde als Beweis der Gefährlichkeit der revolutionären Bestrebungen und ihrer Unterstützung durch kommunistische Abgeordnete angesehen. Niemand hat sich gefunden, der hier das Bedauern ausgesprochen hätte. Wir verlangen es nicht.

Soviel über diese Dinge und diesen Scheinkampf, der hier von den Parteien rechts von den Kommunisten ausgefochten wird. Dieser Kampf hat aber auch seine ernste Seite, weil in der Tat mit diesen Manövern und dem Scheinkampf der Mittelparteien die Arbeiter beruhigt werden sollen. Es soll den Arbeitern eingeredet werden: Überlaßt nur die Erledigung der Konterrevolution uns im Parlament, wir werden die Sache schon besorgen. Wenn die Arbeiter lesen werden, wie das heute hier besorgt wird, werden sie wieder einmal ein Stück vorwärtskommen in der Erkenntnis, wie traurig es mit ihrer Befreiung von der Konterrevolution bestellt ist, wenn sie nicht selber Hand ans Werk legen. („Sehr wahr!“ bei den Kommunisten.)

Mein Parteifreund Obuch wird dieses Material, das in der Denkschrift enthalten ist, und was uns sonst noch über die Bestrebungen der Rechtsparteien zur Verfügung steht, vortragen. Ich will es im wesentlichen dabei bewenden lassen, daß ich für die Kommunistische Partei erkläre: Wir werden trotz aller Verfolgung, trotz aller Verleumdungen und aller Hetze nichts unterlassen, die Arbeiterschaft darüber aufzuklären, daß die Erledigung der Konterrevolution nur das Werk der Arbeiterklasse selbst sein kann. Das ist unsere Aufgabe, der wir uns mit allem Eifer hingeben. Wir haben dabei für uns den Erfolg der wachsenden Erkenntnis der Arbeiter. Der eben abgeschlossene Kongreß der Werktätigen¹ hat einen deutlichen Beweis dafür ergeben, daß auch die Werktätigen außerhalb der Kommunistischen Partei nicht mehr gewillt sind, sich mit solchen Redensarten abfinden zu lassen, wie sie von den Parteien benutzt werden, die einen großen Teil von Arbeitern bisher noch zu ihren Anhängern zählten. Es steht fest, daß sich bis aus den Reihen des Zentrums

¹ Der Reichskongreß der Werktätigen tagte vom 3. bis 5. Dezember 1926 in Berlin. *Die Red.*

die Arbeiter zu einer großen, einheitlichen Kampffront sowohl auf dem Gebiete der Bekämpfung des wirtschaftlichen Massenelends als auch zur Bekämpfung der politischen Reaktion und der Kriegshetze zusammenfinden. Sie werden die Kraft und die Fähigkeit aufbringen, mit ihren Feinden fertig zu werden. (Lebhafte Bravorufe bei den Kommunisten.)

Nun zu dem Funkheinzelmann Kuttner (Heiterkeit bei den Kommunisten.), der hier glaubte, von Wiko und Gefu¹ und sonstigem Stuß einige Geheimnisse verraten zu dürfen. Mit diesen Enthüllungen des Herrn Kuttner sieht es ebenso aus, wie er sich selber benimmt; nämlich man muß darüber lachen. Man muß darüber lachen, daß die SPD von der Einfalt besessen ist, anzunehmen, sie könnte mit solchem Theater der Arbeiterschaft weismachen, daß die Sowjetunion den Krieg gegen die deutschen Arbeiter anfängt. Der „Vorwärts“ — dem Herr Kuttner ziemlich geistesverwandt ist — hat geschrieben: Die Sowjetunion hetze die deutschen Arbeiter in den Aufstand und liefere dann der deutschen Reichswehr die Munition, damit die Arbeiter im Aufstand niedergeschossen werden könnten. (Lachen bei den Kommunisten.) Ich muß gestehen: Man braucht nicht Redakteur vom „Lachen links“ zu sein, um schließlich bessere Witze machen zu können. Denn daß etwa ein Arbeiter das ernst nimmt, glaubt Herr Kuttner nicht und auch nicht der „Vorwärts“. Aber man macht solch ein Theater, weil man es zu anderen Zwecken braucht — nicht etwa um die Interessen der Arbeiter zu wahren und die Arbeiter vor dem Niederschießen zu schützen.

Ich möchte hier zunächst folgendes feststellen: Die deutsche Reichswehr braucht absolut nicht die Hilfe der Sowjetunion in der Beschaffung von Waffen und Munition. Zunächst hat Herr Severing dafür gesorgt, daß die Reichswehr Waffen und Munition hat. Damals wurden die Arbeitskommandos eingerichtet, die die Aufgabe hatten, die in Deutschland vorhandenen Waffen zu sammeln und außerdem die Ostgrenze „zu schützen“. Herr Severing weiß, daß sich aus diesen Arbeitskommandos die Schwarze

¹ Gefu — Abkürzung für „Gesellschaft für gewerbliche Unternehmungen“. Sie wurde später umbenannt in Wiko, „Wirtschaftskontor GmbH“. *Die Red.*

Reichswehr entwickelt hat. Und wenn man von der Sozialdemokratie in diesen Tagen so über die Schwarze Reichswehr und über Herrn Geßler¹ loszieht, so will man darüber hinwegtäuschen, daß man eigentlich Mord an den Kindern begeht, die man selbst geschaffen hat. Herr Severing kann doch nicht aus der Welt schaffen, daß er in der Tat diese Schwarze Reichswehr schaffen half. („Sehr gut!“) Er sagt zwar wie Scheidemann, als Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht ermordet wurden: Das haben wir nicht gewollt. Man hatte zwar gehetzt, die beiden Personen seien an dem ganzen Chaos in Deutschland schuld, so daß die Soldaten wirklich glaubten, das Chaos werde ein Ende nehmen, wenn diese beiden „Urheber“ beseitigt seien; als aber dann die Morde geschehen waren, stellte man sich hin und sagte: Das haben wir nicht gewollt. Herr Severing stellt sich auch hin und sagt: Daß sich schließlich eine Schwarze Reichswehr mit Fememördern und Rechtsputschisten entwickelte, habe ich nicht gewollt. Aber er hat zunächst einmal die Organisation schaffen helfen. — So steht es in der Angelegenheit, die hier von der SPD als „Waffenlieferungen der Sowjetunion an die Reichswehr“ aufgezogen wird. (Zuruf des Abgeordneten Kuttner.) Die SPD-Führer wissen — Herr Kuttner, hören Sie zu —, daß die Reichswehr in Deutschland über so viel Waffen und Munition verfügt, daß sie es nicht nötig hat, vom Ausland etwas hereinzuholen. Aber ich stelle weiter folgendes fest: (Erneuter Zuruf des Abgeordneten Kuttner.) — Herr Kollege, hören Sie zu; die Sache wird jetzt interessant! — Wir Kommunisten haben uns immer bemüht, die geheimen Waffenlager der Reichswehr aufzustöbern, und haben auch gleichzeitig diese geheimen Waffenlager selbständig ausgehoben. Das wurde dem Oberreichsanwalt gemeldet, und die Arbeiter, die daran beteiligt waren, wurden vor den Staatsgerichtshof geschleppt. Ich will nur auf einen einzigen Fall hinweisen, der sich in Ostpreußen abgespielt hat, wo 13 Arbeiter vor den Staatsgerichtshof gestellt wurden, weil sie ein Waffenlager ausgehoben hatten. Dort wurden diese 13 Arbeiter zu 63 Jahren Zuchthaus verurteilt. (Lebhafte Pfuirufe bei

¹Bürgerlicher Politiker der Weimarer Zeit, Mitglied der Deutschen Demokratischen Partei, war von 1920 bis 1928 Reichswehrminister. *Die Red.*

den Kommunisten.) Unter den Richtern befanden sich der Sozialdemokrat Brandes, der Sozialdemokrat Wissell, der Sozialdemokrat Lange, 3 sozialdemokratische Richter, die im Staatsgerichtshof 13 Arbeiter zu 63 Jahren Zuchthaus verurteilten, weil sie der Reichswehr Waffen und Munition weggenommen haben. Wir haben schließlich — weil die Waffenlager der Reichswehr so groß waren, daß wir gar nicht in der Lage waren, sie mit unseren Kräften auszuheben, und wir außerdem dadurch nicht Arbeiter ins Zuchthaus bringen lassen wollten — einem Polizeipräsidenten in einer preußischen Stadt genau den Ort bezeichnet, an dem ein großes Waffen- und Munitionslager liegt. Wir haben von ihm verlangt, daß er mit den Mitteln der Polizeigewalt dieses Waffenlager ausheben läßt. Nach einigen Tagen wurde uns von diesem Polizeipräsidenten mitgeteilt, das sei unmöglich, denn es sei ein geheimes Waffenlager der Reichswehr. („Hört! Hört!“ bei den Kommunisten.) Ein illegales Waffenlager der legalen Reichswehr auf einem Gut! Ich frage die sozialdemokratischen Führer: Wer sorgt dafür, daß die Reichswehr zur Niederschlagung der Arbeiter Waffen und Munition hat, wenn selbst ein sozialdemokratischer Polizeipräsident, der doch die Vollmacht hat, jederzeit selbständig zu handeln, es ablehnt, ein solches geheimes Waffenlager zu beseitigen? Wir könnten darüber noch einiges sagen, aber ich denke, der Polizeipräsident dieser preußischen Stadt weiß genug und kann den Sozialdemokraten sehr gut Auskunft darüber geben.

Nun noch eine andere Frage, die eng damit in Zusammenhang steht. Wir haben von Anfang an die Verwendung der Reichswehr gegen die Arbeiterschaft bekämpft. Die Reichswehr hat eben in Deutschland den Zweck, die revolutionäre Bewegung niederzuschlagen, und damit ist ja auch ihre Notwendigkeit begründet worden, als sie geschaffen wurde. („Sehr richtig!“ bei den Kommunisten.) Wir waren von Anfang an die schärfsten Gegner dieser neuen Militarisierung der deutschen Republik. Die sozialdemokratischen Führer waren es, die sich für diese Militarisierung Deutschlands eingesetzt haben. Sie waren es, die im Bunde mit dem demokratischen Reichswehrminister Geßler und dem General von Seeckt diese Reichswehr zur Niederschlagung der Arbeiter benutzt haben. Und da kommen nun plötzlich

sozialdemokratische Führer und wollen der Arbeiterschaft einreden: die Kommunisten hätten jetzt ein Bündnis mit Geßler! (Lachen und Zurufe bei den Kommunisten.) Ich glaube, mit Ausnahme der kommunistischen Reichstagsabgeordneten, die die Gelegenheit haben, diesen Herrn gelegentlich auf der Ministerbank oder in den Ausschüssen zu sehen, werden von den übrigen Kommunisten die wenigsten Herrn Geßler von Angesicht kennen. Um so enger sind aber die Beziehungen, die die sozialdemokratischen Führer zu diesem Herrn haben. („Sehr richtig!“ bei den Kommunisten.) Ich will sagen, daß auch diese plötzliche Entrüstung, dieser Kampf, den Sie jetzt gegen Geßler führen, von niemand ernst genommen wird, weder von den sozialdemokratischen Führern noch von Geßler, noch von sonst jemand. Es ist parlamentarisches Theater, und ich komme gleich auf den Zweck dieser Übung.

Nun aber zu den angeblichen Sowjetgranaten, die nicht einmal Blindgänger waren, sondern nur in der Phantasie von Funkheinzelmännchen existieren. („Sehr wahr!“ und Heiterkeit bei den Kommunisten.) Es war bei den „Enthüllungen“ der englischen Zeitung gar nicht die Rede von „Sowjetgranaten“, sondern dieser Mensch mit der eigentümlichen Geistesverfassung, der den „Vorwärts“ leitet, hat plötzlich den Gedanken von „Sowjetgranaten“ bekommen, um damit eine fette Überschrift zu machen. Nun, wir können es der ganzen SPD nicht übelnehmen, wenn schließlich einmal der Redakteur in einer Stunde, wo er die Überschrift erfinden muß, nicht gerade einen sehr glücklichen Griff macht. Aber der „Vorwärts“ hat versucht, diese Titelüberschrift nun so recht romantisch auszugestalten, wobei es ihm sogar nicht darauf ankam, Kobolz zu schießen. Er machte nämlich folgendes: Im November 1926 sind 6 Schiffe in Stettin angekommen, die Munition gehabt haben; und er sagt jetzt den Arbeitern: Also ist erwiesen, daß im Oktober 1923 die Arbeiter in Deutschland mit dieser russischen Munition erschossen worden sind. Die Logik dieser Beweisführung ist phänomenal! („Sehr gut!“ bei den Kommunisten.) Diese Logik läßt sich wirklich nicht mehr übertreffen. Aber hinter diesen Purzelbäumen steckt eine sehr ernste Absicht.

So dumm und dreist diese Sache nun auch vom „Vorwärts“ und

von der sozialdemokratischen Führerschaft aufgezogen ist, hat sie immerhin eine ernste Seite, weil hier doch schließlich tatsächlich ein Verbrechen an der deutschen Arbeiterklasse begangen wird. (Lebhafte Zustimmung bei den Kommunisten.) Denn worauf läuft die ganze Sache hinaus? Was ist der ganze Zweck dieser Übung? Warum sind jetzt erst die „Sowjetgranaten“ nach Deutschland gekommen, obgleich man bereits im Frühjahr die Denkschrift kannte, in der von einer Flugzeugfabrik die Rede ist? Man hat also ziemlich lange gebraucht, um diese „Sowjetgranaten“ zu drehen, die man jetzt im „Vorwärts“ hat steigen lassen. Nun redet man bei solchen Verdächtigungen und Verleumdungen immer möglichst in Geheimzeichen, und wenn Herr Kuttner heute hier davon sprach, wir sollten zu Herrn Geßler gehen, um uns bei ihm zu befragen, so brauchen wir Herrn Geßler nicht als Vertrauensmann. Wir haben unsere Vertrauensleute in den Vertretern der Sowjetunion. Denen glauben wir, weil sie gleichzeitig auch Parteigenossen von uns sind; und wir wissen, daß diese uns nicht hinters Licht führen. Anders steht es mit dem Verhältnis zwischen der SPD und Herrn Geßler, zu dem Sie (Zu den Sozialdemokraten.) auch großes Vertrauen gehabt haben — dagegen hat Ihr Referent im Reichstage, Herr Stücklen, jedoch selbst erklären müssen, in wie schändlicher Weise er vom Reichswehrministerium und seinen Beamten angelogen worden ist. Wir werden doch nicht zu Herrn Geßler gehen, von dem die Sozialdemokraten selbst feststellen, daß er oder vielmehr seine Beamten es mit der Wahrheit nicht so genau nehmen. Wir werden nicht etwa dort hingehen, um uns da die Unwahrheit sagen zu lassen.

Also die Empfehlung des Herrn Kuttner an uns war eine sehr schlechte, und es wäre besser gewesen, wenn er alles gesagt hätte, was er angeblich weiß. („Sehr wahr!“ bei den Kommunisten.) Es wären vielleicht noch schlechtere Granaten zustande gekommen als die „Sowjetgranaten“ im „Vorwärts“. Denn was uns Herr Heilmann hier so im Flüsterton von der Errichtung von Giftgasfabriken weit hinten in Sibirien erklärte, das sind auch solche Geschichten. In der Auslegung sozialdemokratischer Führer und in ihrem Haß gegen die Sowjetunion werden solche Dinge einfach zu Stinkbomben. (Heiterkeit.) Natürlich, die

Sowjetunion als der einzige, von allen kapitalistischen Staaten bedrohte Arbeiterstaat hat ein Interesse daran, die Verteidigung ihres Landes so vollkommen wie möglich zu machen. Wenn man im Völkerbund eine Kommission eingesetzt hat, die beraten soll, in welchem Umfange beim nächsten Kriege auch die Giftgase zu verwenden sind („Hört! Hört!“ bei den Kommunisten.), wollen Sie es da der Sowjetunion verargen, wenn sie versucht, sich auf diesem Gebiete ebenfalls mit gleichen Mitteln zur Wehr zu setzen? Soll sich die Sowjetunion etwa von den Staaten des Völkerbundes vergiften lassen? („Sehr wahr!“ bei den Kommunisten.) Nein, wir Kommunisten werden jederzeit dafür eintreten, wenn der Versuch im Bunde mit den Sozialdemokraten unternommen werden sollte, über die Sowjetunion herzufallen, sie etwa zu vergasen, daß denjenigen, die das unternehmen, das Gas ausgeht. („Sehr gut!“ und Bravorufe bei den Kommunisten.) Deshalb ist die Beschaffung solcher Kampfmittel für die Sowjetunion ein Gebot der Notwendigkeit, der Selbstverteidigung. Wenn dann außerdem noch ausländische Staaten hinüberkommen und der Sowjetunion helfen, diese Selbstverteidigung zu vervollkommen, ja — sollten die Arbeiter darüber weinen? (Aharufe bei den Sozialdemokraten. — Zurufe bei den Kommunisten.)

Aber, meine Damen und Herren, das ist doch nicht der Grund, daß Sie (Zu den Sozialdemokraten.) sich darüber aufregen, weil die Sowjetunion ihre Selbstverteidigung vervollkommnet. Sondern Sie machen einen Schwindel! Sie sagen: Die Sowjetunion fabriziert die Kampfmittel, die von der Konterrevolution in Deutschland gegen die Arbeiter angewendet werden. Das ist eine große Verdächtigung, eine infame Verleumdung. Man muß schon in den Reihen der Konterrevolution stehen, um der Sowjetunion so etwas unterstellen zu können. („Sehr wahr!“ bei den Kommunisten.) Diese Hetze und diese Verleumdung können nur ausgemachte Konterrevolutionäre fertigbringen. Irgendein Beweis ist für diese Verleumdung nicht erbracht worden, und unsere Behauptung, daß es eine Verleumdung ist, bleibt daher in vollem Umfange bestehen.

Nun noch einige Worte zur Aufklärung darüber, wer diese Lügengranaten gedreht hat und aus welchen Gründen!

Für den „Vorwärts“ und die sozialdemokratische Führerschaft

liegen drei Gründe vor, diese Stinkbomben und „Sowjetgranaten“ gerade in diesen Tagen steigen zu lassen.

Ich habe schon recht mit der Behauptung, daß das Anwachsen der Erkenntnis der Arbeiterschaft von der Notwendigkeit des Kampfes und des Zusammenschlusses auf dem Kongreß der Werktätigen einen so starken Ausdruck gefunden hat, daß es in der Tat nicht einmal mehr die sozialdemokratische Führerschaft gewagt hat, ihren eigenen Parteigenossen, die den Kongreß besuchten, mit dem Ausschluß zu drohen; und daß die Gewerkschaften es nicht gewagt haben, den Gewerkschaftern, die dort hingingen, mit dem Ausschluß zu drohen. Dieser Kongreß war der Ausdruck des Wachstums der proletarischen Einheitsfront gegenüber der reformistischen Politik der Sozialdemokraten und der Gewerkschaftsführer. Und weil dieser Kongreß eine so ungeheure Wirkung auf die Arbeiterschaft gehabt hat, deswegen versucht jetzt die sozialdemokratische Führerschaft alles, um die Aufmerksamkeit von diesem Kongreß abzulenken. („Sehr richtig!“ und Zurufe bei den Kommunisten.) Ich erinnere daran, daß sich die sozialdemokratische Führerschaft im Jahre 1921 in der gleichen Bedrängnis befand; damals ließ man Enthüllungen über die Märzaktion steigen, bei denen der Hauptteil der Enthüllungen ebenfalls Lüge und Verleumdung war. Jetzt haben wir das gleiche Schauspiel zu verzeichnen: Es soll von dem Kongreß der Werktätigen abgelenkt werden; man will, daß man sich über die vom „Vorwärts“ erfundenen „Sowjetgranaten“ unterhalten soll. Das ist die eine Seite.

Eine andere Seite ist die systematische Hetze der sozialdemokratischen Führerschaft gegen die Sowjetunion. Seit dem Bestehen der Sowjetunion haben Sie (Zu den Sozialdemokraten.) in der infamsten Weise gegen die Sowjetunion gehetzt. („Sehr wahr!“ bei den Kommunisten.) Die Sowjetunion hat sich wirtschaftlich und politisch ungeheuer gefestigt und gestärkt. Sie ist so stark geworden, daß selbst die bürgerlichen Parteien nicht mehr annehmen, daß dieser Staat zusammenbrechen wird. Sie müssen die Bedeutung der Leistung der Arbeiterschaft in der Sowjetunion anerkennen und müssen sich damit abfinden, mit diesem Arbeiterstaat Bündnisse abzuschließen. Aber die sozialdemokratische Führerschaft verfolgt diesen Arbeiterstaat mit fana-

tischem Haß, weil sie vor der proletarischen Diktatur ein noch größeres Grauen hat als die bürgerlichen Parteien. Deshalb sucht sie auch, im Bunde mit der Konterrevolution, in der Arbeiterschaft Verwirrung anzurichten und die Arbeiterschaft über die Sowjetunion zu belügen, damit sich die Arbeiter von der Sowjetunion abwenden sollen.

Aber eine noch viel ernstere Absicht steckt dahinter, nämlich das Bestreben der kapitalistischen Staaten, einen Einheitsbund gegen die Sowjetunion zu schaffen. An der Spitze dieser Bestrebungen steht besonders England. England legt seine ganze Kraft darauf an, trotz aller Gegensätze zu den westeuropäischen Staaten doch eine Einheitsfront zur Einkreisung und militärischen Intervention gegen die Sowjetunion zu schaffen. Es weiß, daß es mit dem wirtschaftlichen Boykott die Sowjetunion nicht mehr zugrunde richten kann. Deshalb versucht es die militärische Einkreisung, den militärischen Überfall.

Die englischen Imperialisten wissen aber nur zu gut, daß dieser Überfall nicht möglich ist, solange die Arbeiterschaft an der Seite der Sowjetunion steht („Sehr wahr!“ bei den Kommunisten.), und deshalb sucht sich England Helfershelfer, die diese Stimmung in der Arbeiterschaft umgestalten — aus der Sympathie für die Sowjetunion eine Antipathie machen, damit man mit dem Russenschreck wie im August 1914 die Arbeiter wieder zu Opfern des imperialistischen Krieges machen kann. Diese Helfershelfer bieten sich in der sozialdemokratischen Führerschaft an. Das ist der tiefe Grund, der hinter diesen Bestrebungen steckt.

Die Sozialdemokratische Partei war von jeher eine anglophile Partei. Sie hat in ihrer fernen Vergangenheit Vertreter in ihren Reihen gehabt, die für den englischen Liberalismus und seine Demokratie geschwärmt haben. Und wie vor dem Kriege, so während des Krieges! Auf den englischen Liberalismus setzten die sozialdemokratischen Führer während des Krieges ihre Hoffnung — daß dieser Liberalismus an der Seite Deutschlands stehen würde. Es waren die sozialdemokratischen Führer, die nach Beendigung des Krieges ein Bündnis mit dem Arbeiterstaat ablehnten, um sich nicht die Gunst des englischen Staates zu verscherzen. So haben die sozialdemokratischen Führer immer ihre Hoffnung auf diese Unterstützung gesetzt, und wenn in dieser Zeit die

Lügengranaten des „Vorwärts“ gestiegen sind — in einer Zeit, da in Genf die Vertreter des englischen Staates mit Herrn Stresemann und Herrn Briand verhandeln —, so hat auch das seine symptomatische Bedeutung. Denn worauf läuft das Streben der SPD hinaus? Sie will in die Reichsregierung, in die Regierungskoalition. Wenn auch Herr Scholz von der Volkspartei sich noch so dumm benimmt, um das schließlich zu verhindern, so ist das Streben bei den sozialdemokratischen Führern sehr groß; denn die gegenwärtige stille Koalition legt ihnen bloß Pflichten auf, gibt ihnen aber nicht den materiellen Erfolg von Ministerposten. Deshalb wollen sie nicht die stille, sondern die wirkliche Große Koalition. Da aber vorläufig wenig Neigung besteht, so muß auf Stresemann gedrückt werden, und es ist wirklich nicht aus dem Reich der Phantasie, wenn man sagt, daß dieser Liebedienst — den jetzt die Sozialdemokraten den Engländern in der Veröffentlichung dieser „Sowjetgranaten“ geleistet haben — darauf berechnet ist, daß die englischen Vertreter in Genf einen zarten Druck auf Herrn Stresemann ausüben, indem man sagt: Wir brauchen zur Sicherung der Durchführung der Vereinbarungen die Sozialdemokraten in der Reichsregierung. („Sehr wahr!“ bei den Kommunisten.) Es ist sehr fein eingefädelt, wenn auch die Mittel, die man dabei anwendet, sehr tölpelhaft sind. Aber der Sinn ist, auf diese Weise zugleich ein parlamentarisches Geschäft zu machen. Und wenn das auch auf Kosten der Sowjetunion geschieht, was schert das sozialdemokratische Arbeiterführer! Deshalb sagen wir: Es ist wiederum nicht aus dem Reich der Phantasie, daß etwa der „Manchester Guardian“ diese Sache entdeckt hätte, sondern diese Sache ist fein vorbereitet worden von den sozialdemokratischen Führern. — Herr Kuttner, seien Sie nicht besorgt, daß wir Sie des Landesverrats bezichtigen. Wir haben nicht den geringsten Anlaß dazu, und außerdem: Wer wird Sie wohl beim Kanthaken nehmen? Niemand! Denn Sie sagen selbst, Sie wollten Herrn Stresemann entlasten dadurch, daß Sie das veröffentlichen. Der arme Mann habe nicht gewußt, daß das Reichswehrministerium Waffen und Munition aus der Sowjetunion beziehe. Man muß schon sagen: Dümmer hat in diesem Moment kaum eine Partei operiert als die Sozialdemokratische Partei. Aber daß sie sich zu diesen Unbesonnenheiten

hat verleiten lassen, liegt eben an der fanatischen Sucht, der Sowjetunion unter allen Umständen etwas anzuhängen. Wir sind der Meinung, daß diese Granaten, die gegen die Sowjetunion abgeschossen worden sind, auf die zurückprallen müssen, die sie abgeschossen haben. Die Arbeiterschaft wird erkennen, daß solche Führer, die mit den Interessen der Arbeiter so unverantwortlich umgehen und mit ihrer Politik und ihren Maßnahmen nur der Konterrevolution helfen, das Recht verwirkt haben, im Namen der Arbeiter zu sprechen.

Nun noch ein Wort vom Verhältnis der SPD zur Reichswehr! Es ist immerhin auffallend, daß, wenn ein englisches Blatt Enthüllungen über Beziehungen der Sowjetunion zur deutschen Reichswehr macht, dieses Blatt dann zu einer besonderen Hetze gegen die Kommunisten in Deutschland herabsteigt. In dem Artikel des „Manchester Guardian“ wird der zweite Teil dazu verwandt, daß man nachweisen will, die Kommunisten seien auch plötzlich gegen die Reichswehr still geworden, und das habe seinen Grund darin, daß sie von der Sowjetunion einen Wink bekommen hätten, nichts mehr gegen die Reichswehr zu sagen, weil sie doch der Bundesgenosse der Sowjetunion sei. (Lachen bei den Kommunisten.)

Ich bin der Meinung, daß die Imperialisten diese Hetze gegen die Kommunisten im „Manchester Guardian“ brauchen. Ein Herr Vogt hat sich als Autor dieses Artikels gemeldet. Ich weiß nicht, wer Herr Vogt ist; er hat selbst zugegeben, daß er nicht einmal der Verfasser ist, wir wissen also nicht, wer der Verfasser ist, daß er aber nicht sehr weit von der „Vorwärts“-Redaktion steht, das beweist der Inhalt dieses Artikels. Man braucht eben diese Hetze gegen die Sowjetunion, um den englischen Imperialisten diesen Liebesdienst zu erweisen, ihre Hilfe für die Große Koalition zu bekommen und um von dem Kongreß der Werktätigen abzulenken.

Es ist noch angebracht, zart an das Verhältnis sozialdemokratischer Führer zur Reichswehr zu erinnern. Ich will nur ganz kurz im Telegrammstil die Jahre 1918 bis 1926 passieren lassen, nicht um Enthüllungen zu machen, sondern nur um das Verhältnis zwischen Reichswehr und sozialdemokratischen Führern ins Gedächtnis zu rufen. Wer gab den Generalen der kaiserlichen Armee

im Dezember 1918 die ganze Gewalt in die Hände? Der sozialdemokratische Rat der Volksbeauftragten! Wer nahm den Soldatenräten jede Befugnis zugunsten der kaiserlichen Generale? Sozialdemokraten! (Zuruf bei den Kommunisten: „Noske!“) Wer war es, der den kaiserlichen General Lequis mit der kaiserlichen Armee heranholte, um die revolutionären Matrosen in Schloß und Marstall zusammenkartätschen zu lassen? Das waren der Sozialdemokrat Ebert und seine Gesinnungsfreunde! Wer war es, der im Januar und März 1919 die Schwarzen Garden organisierte, die Reste der kaiserlichen Armee gegen die Berliner Arbeiterschaft aufmarschieren und das „Vorwärts“-gebäude, in dem die revolutionären Arbeiter waren, mit großen Granaten beschießen ließ? Es war Herr Noske, der von sich sagte: Einer muß der Bluthund sein, der die Arbeiter niederschlägt. Es waren die sozialdemokratischen Minister, die den Befehl an die Reichswehr gegeben haben, die Arbeiter abzuschlachten. Wer war es, der den Resten der kaiserlichen Armee und der Reichswehr kommandierte, nach München zu ziehen, um die Münchner Räterepublikaner in der viehischsten Weise abschlachten zu lassen? Sozialdemokraten! Wer war es, der für dieses viehische Handwerk den Generalen den Dank aussprach? Herr Noske, ein Sozialdemokrat! Wer war es, der 1920 den General von Watter beauftragte, die im Rheinlande zur Niederschlagung des Kapp-Putsches aufgestandenen Arbeitermassen zusammenschießen zu lassen? Es waren die sozialdemokratischen Führer, die diese Aufgabe übernahmen — denselben Watter, den sie angreifen, und den Geßler als den „verrückten General“ bezeichnet hat! Jawohl, wir sind der Meinung: Der Mann war damals schon verrückt, sonst hätte er nicht solche barbarischen Kämpfe gegen die Arbeiterschaft führen können. Und genauso war es im Jahre 1921, wo man, allerdings nicht die Reichswehr, sondern besonders als Arbeiterfeinde bekannte Schutzpolizeileute aus Düsseldorf heranholte. Wer tat das? Es war der Sozialdemokrat Severing, und es war der Sozialdemokrat Hörsing, der die Arbeiterschaft in der viehischsten Weise niederschlagen ließ. Und wer war es im Oktober 1923, als die Sozialdemokratie nach dem Sturze Cunos in die Große Koalition eingetreten war, der die Reichsexekutive gegen zwei Länder beorderte, wo Arbeiterregierungen waren? Das war der sozial-

demokratische Reichspräsident Ebert, und es war Herr Sollmann, der Sozialdemokrat, es waren die sozialdemokratischen Führer, die die Reichswehr gegen ihre eigenen Parteigenossen in Sachsen und Thüringen schickten. Dieselben Sozialdemokraten, die heute dieses Scheinmanöver gegen Geßler und gegen die Reichswehr machen, werden morgen — wenn sie in genügender Weise den Rechtsparteien entgegengekommen sind — in die Regierungskoalition aufgenommen werden und bei den nächsten Kämpfen dieselbe Reichswehr, unter demselben Reichswehrminister, auf die Arbeiterklasse schießen lassen. Deshalb lassen wir es nicht zu, daß diese Sozialdemokraten sich vor die Arbeiterschaft hinstellen als die Kämpfer gegen die Reichswehr und den Reichswehrminister Geßler. Sie sind es, die die Arbeiterschaft in jeder Weise hindern, die Front zu finden gegen diese Gefahren, die ihr von den Rechtsparteien drohen. Um so mehr werden wir alles daransetzen, den sozialdemokratischen Führern dieses Handwerk zu legen. Wir werden auch diese Lügenbeutelei, diese Lügengranaten und Stinkbomben, die in der „Vorwärts“-Redaktion fabriziert werden, zu zerstreuen versuchen . . .

(Glocke des Präsidenten.)

Präsident Bartels, den Redner unterbrechend: „Die Redezeit ist abgelaufen.“

so daß schließlich auch der letzte Arbeiter der Sozialdemokratischen Partei diesen Führern den Kampf ansagt und ihnen die Gefolgschaft verweigert. Wir haben als Kommunisten alle Ursache — entgegen dieser großen Front von den Sozialdemokraten bis zu den Deutschnationalen —, in den Betrieben und in den Arbeiterquartieren alle Anstrengungen zu machen, das durchzuführen, was der Kongreß der Werktätigen als Kampfforderung gegen das Elend und gegen die Reaktion aufgestellt hat. Daran werden wir uns nicht hindern lassen, auch wenn die Sozialdemokraten noch so viele „Enthüllungen“ machen, denn diese Enthüllungen sind nur Enthüllungen ihrer eigenen Schande.

„Sitzungsberichte des Preußischen Landtags, 2. Wahlperiode, 1. Tagung“, 11. Bd.

Einheitsfront aller Werktätigen gegen die Offensive der Reaktion

*Aus der Rede im Preußischen Landtag
15. Dezember 1926*

Die Politik der preußischen Regierung ist durchaus reaktionär und arbeiterfeindlich. Die von ihr getroffenen Maßnahmen werden nur zugunsten der Bourgeoisie und zum Schaden der werktätigen Massen getroffen. Tatsachen beweisen das zu aller Genüge. Diese Regierung unterscheidet sich in ihrer Politik in keiner Weise von der Politik der Reichsregierung. Beide Regierungen arbeiten Hand in Hand, um sich das Wohlgefallen der Bourgeoisie zu erhalten. Die kleinen Krakeelereien, die so zwischen den Bürgerlichen ausgefochten werden, können darüber nicht hinwegtäuschen, daß sie sich alle darin einig sind, den werktätigen Massen die Rechte vorzuenthalten oder wegzunehmen, die ihnen auf Grund ihrer Zahl wie auf Grund ihrer wirtschaftlichen Bedeutung zustehen. Natürlich sind die Ansprüche an die Wohlgefälligkeit und die Unterwürfigkeit der Regierung unter den besonderen Cliqueninteressen sehr verschieden, und darüber geht im wesentlichen auch der Streit. Gerade die Etats der bürgerlichen Regierungen spiegeln diese Behauptung auf das allerdeutlichste wider. Neun Zehntel der Ausgaben werden im Interesse der Besitzenden, der Bourgeoisie gemacht, und ein Zehntel, wenn es hochkommt, für die werktätigen Massen. Bei den Einnahmen ist es gerade umgekehrt. Dort werden neun Zehntel der Einnahmen aus den breiten Massen der Werktätigen herausgepreßt, während sich die Bourgeoisie soviel wie möglich vor jeder Steuerleistung drückt. Alle Reden der Finanzminister können darüber nicht hinwegtäuschen, und auch die Rede, die hier der preußische Finanzminister gehalten hat, bestätigt das fast Absatz für Absatz. Er hat in seiner Rede nur allzu deutlich merken lassen, daß von ihm sehr getreulich befolgt worden ist, was von dem Reichsverband der deutschen Industrie in seiner Dezemberdenkschrift von 1925 als Richtlinien für

die Finanzpolitik vorgeschrieben wurde. Das kommt bei seiner Freude darüber zum Vorschein, daß es nun endlich gelungen ist, die verdammte Erwerbslosenfürsorge loszuwerden, und daß die Arbeiter selbst die Mittel dafür aufbringen sollen.¹ Ferner war es auch in der Frage der Arbeitsbeschaffung für die Erwerbslosen gerade die preußische Regierung, die sich dieser wichtigen Aufgabe überhaupt nicht angenommen hat. Im Reichstage selbst mußte darüber Beschwerde geführt werden, daß die preußische Regierung keine Anstalten trifft, um Arbeit für die Erwerbslosen zu schaffen. („Hört! Hört!“ bei den Kommunisten.) Ferner kommt auch in der Art, wie hier der Finanzminister versuchte, den Charakter der Hauszinssteuer zu verschleiern, das Bestreben zum Ausdruck, im Sinne der Unternehmer die großen Einkommen des Staates auch durch solche Einnahmen sicherzustellen.

Nun ist hier vom Finanzminister und vom Abgeordneten Waentig über diese Steuer viel geredet worden. Der Finanzminister hat es für klug erachtet, so in nebelhafter Ferne anzuzeigen, daß diese Steuer einmal beseitigt werden könnte. Darauf reitet Herr Waentig gehörig in die Front und sagt: Wir Sozialdemokraten werden unter keinen Umständen dafür zu haben sein, daß diese Hauszinssteuer aufgehoben wird. Dabei glaube ich mich zu erinnern, in der sozialdemokratischen Presse gelesen zu haben, daß gerade die Hauszinssteuer eine der unsozialsten Steuern ist, indem sie auf das Verhältnis zwischen Wohnungserfordernis und Einkommen der Werktätigen keine Rücksicht nimmt. Natürlich versucht man, den Arbeitern die Sache jetzt mundgerecht zu machen — wie es auch der Finanzminister versucht hat. Es handelt sich darum, die Inflationsdifferenz bei der Entwertung der Hypotheken für den Staat sicherzustellen; sonst würde der Hausbesitzer der Nutznießer sein. Herr Waentig hat zwar gesagt, man könne über die Form der Wegsteuerung dieses Gewinns streiten, aber er hat sich doch für die Erhaltung der Hauszinssteuer ausgesprochen. Es sind allerdings andere Wege möglich, um dem Staat das zuzuführen, was sonst dem Hausbesitzer zufällt. Tatsächlich — darauf hat weder der Finanzminister noch Herr Waentig hingewiesen — wirkt sich die Hauszinssteuer

¹Diese Arbeitslosenversicherung stand im Reichstage zur Debatte. Sie wurde am 7. Juli 1927 Gesetz. *Die Red.*

in einer besonders für die Werktätigen schweren Mieterhöhung aus. Niemand von den Sozialdemokraten wird bestreiten können, daß heute die Werktätigen eine Wohnung nicht zum Friedenswert, sondern höchstens zu 30 Prozent des Friedenswertes erhalten, obgleich sie in Berlin 110 Prozent der Friedensmiete bezahlen müssen. So wird künstlich die Miete in die Höhe getrieben. (Zuruf bei den Sozialdemokraten.) — Ob ihr das macht oder nicht, ist gleich. — Eine Hauszinssteuer hat zweifellos eine Erhöhung der Mieten zur Folge, und alle Tüfteleien können diese Dinge nicht aus der Welt schaffen. Das ist früher von den Sozialdemokraten selbst geschrieben worden. Neuerdings ist eine neue Theorie von den Sozialdemokraten erfunden worden, daß die Hauszinssteuer nicht mehr die unsozialste Steuer sei und sich nicht mehr auf Kosten der Werktätigen auswirke. Wir werden ganz offen sagen, woher das kommt. Innerhalb der Sozialdemokratie bestehen bestimmte Interessen, die durch die Verschiebung ihrer sozialen Zusammensetzung aufgetreten sind. Wir Kommunisten sind immer der Auffassung gewesen, daß niemals eine Steuer aufgehoben werden kann, bevor nicht die Sicherung dagegen getroffen worden ist, daß durch die Aufhebung etwa die Besitzenden den Vorteil haben statt derjenigen, die die Steuer eigentlich zahlten. Wir sind daher der Meinung, daß auch mit der Aufhebung der Hauszinssteuer eine zwangsmäßige Festsetzung der Mietpreise konform gehen müßte. Dafür sollten auch die Sozialdemokraten an unserer Seite kämpfen — besonders im Interesse der Werktätigen — und sich nicht einsetzen für die Erhaltung der Hauszinssteuer, die sich auf Kosten der Arbeiter auswirkt.

Soviel dazu. Ich will dem Finanzminister in seiner Etsatrede nicht weiter folgen; das wird mein Parteifreund tun, der nach mir sprechen wird. Ich will nur sagen, daß die Methoden, mit denen der Finanzminister eine Balancierung des Etats herbeizuführen versucht hat, auch von uns aufs schärfste zurückgewiesen werden müssen. Denn die Balancierung dadurch, daß die 100 Millionen für die Erwerbslosenfürsorge auf Anleihe übernommen werden, heißt mit anderen Worten, daß der Staat sich heute um die Kosten der Unterhaltung der Erwerbslosen drückt und diese Last der Zukunft, der kommenden Generation aufbürdet, die die Amortisation

sation, zum mindesten aber die Verzinsung der Anleihen, aufbringen muß. Dasselbe trifft auf die 65 Millionen Mark zu, die für die produktive Erwerbslosenfürsorge auf Anleihe genommen werden sollen. Das ist nicht eine Balancierung des Etats, sondern eine Verschleierung, eine Verschiebung der Zahlungspflicht, um sich jetzt um die Übernahme der Kosten herumzudrücken.

In Anbetracht dieser Tatsachen wäre es zweifellos am Platze, bei der Einbringung des Etats in erster Linie auf die Dinge einzugehen, die eigentlich im Vordergrund der Erörterung stehen müßten: auf die gegenwärtige wirtschaftliche und politische Lage. Der Herr Abgeordnete Waentig hat schon bedauert, daß der Herr Finanzminister es unterlassen hat, sich über die Wirtschaftslage zu äußern; denn die wenigen Bemerkungen, die er über das Zurückgehen der Erwerbslosenzahlen gemacht hat, können nicht als eine Äußerung über die Wirtschaftslage betrachtet werden. Ich kennzeichne den gegenwärtigen Zustand wohl richtig, wenn ich von einem wachsenden Elend der werktätigen Massen, von wachsender politischer Reaktion und von der Verschärfung der imperialistischen Gegensätze mit ernster Kriegsgefahr spreche. Zu jedem dieser Punkte einige Bemerkungen!

Das wachsende Elend der werktätigen Massen — der Fabrikarbeiter, Büroarbeiter, Beamten, Angestellten, des kleinen Mittelstandes, der kleinen Handwerker und der kleinbäuerlichen Bevölkerung — findet seinen Ausdruck zunächst einmal in der ungeheuren Erwerbslosigkeit. Die Statistiken, die darüber veröffentlicht werden, sind völlig unzutreffend — wenn ich nicht direkt behaupten will, daß sie absichtlich falsch zusammengestellt sind. Jedenfalls erfassen sie die ungeheure Zahl der Erwerbslosen nicht richtig, und deshalb sind auch alle Spekulationen, die an das jeweilige Auf und Ab dieser Erwerbslosenzahlen geknüpft werden, ohne jeden Rückhalt. Die Tatsache, daß wir in Berlin eine ständig wachsende Zahl von Erwerbslosen haben, muß besonders auch von den Parlamentariern beachtet werden, die hier in Berlin einen Teil des Jahres verbringen. Worauf ist dieses Anwachsen der Erwerbslosen in Berlin zurückzuführen, während wir doch vorübergehend im Reiche einen Rückgang der Erwerbslosenzahlen haben? — Darauf, daß die in Berlin vorhandene Industrie für die hier zusammengeballte Arbeiterschaft gar nicht mehr die Möglichkeit

der Beschäftigung gewähren kann. Ich werde in anderem Zusammenhange noch beweisen, warum das nicht möglich ist. Daraus muß sich schließlich eine fortgesetzte Verschärfung und Verschlechterung der Wirtschaftslage in solchen großen Zentren ergeben. Die Hoffnung auf eine Besserung der Wirtschaftslage ist bisher stets enttäuscht worden. („Sehr wahr!“ bei den Kommunisten.) Wenn der Präsident des Reichsarbeitsamtes in einem Berichte zum Ausdruck gebracht hat, daß er seine Hoffnung auf eine Erleichterung der Wirtschaftslage auf das Jahr 1932/1933 setze, weil dann der Geburtenrückgang der Kriegszeit in Erscheinung treten werde, so ist das bezeichnend für die Auffassung der leitenden Beamten des Reichsarbeitsamtes. Die Hoffnung wird nicht auf eine Erweiterung der Produktionsbasis gesetzt, die allein eine Erleichterung der Wirtschaftslage herbeiführen könnte, sondern auf einen Krankheitszustand in der Gesellschaft; denn der Geburtenrückgang ist geradezu eine Katastrophe für jede Gesellschaft. Auf dieses ungeheure Elend, auf diese traurige Folge des Krieges setzen bestimmte Leute die Hoffnung, daß eine gewisse Erleichterung eintreten wird. Die Wirtschaftler sind sich durchaus darüber klar, daß vorläufig gar keine Aussichten auf eine Erleichterung der Wirtschaftslage bestehen. Die Ursachen, warum eine Erleichterung vorläufig nicht — vielleicht überhaupt nicht mehr — in Erscheinung treten kann, liegen darin, daß durch den Weltkrieg die kapitalistische Produktionsweise so geschwächt worden ist, daß die Produktivkräfte in der Welt so verschoben worden sind, daß eine Restauration auf den Vorkriegsstand überhaupt nicht mehr möglich ist. Mit Fug und Recht kann von einem sterbenden Kapitalismus gesprochen werden. Im Gegensatz zu den Krisen vor dem Kriege — wo nach jeder Krise eine Erweiterung der Produktionsbasis stattfand, wo durch Kapitalexpert das überflüssige Kapital abgeschoben werden konnte, wo durch Erweiterung des Ausbeutungsgebietes, Erwerbung von Kolonien, von Gebieten, die vom Kapitalismus noch nicht erfaßt waren, Möglichkeiten der Produktionserweiterung bestanden — bestehen heute diese Möglichkeiten für den Kapitalismus nur bedingt. Deshalb kann er aus dieser Krise überhaupt nicht mehr herauskommen. Die Wirkungen dieser Krise im Weltmaßstabe müssen vernichtend sein. Sie würden den Gesellschaftszustand vollkommen zur Barbarei zu-

rückführen, wenn die werktätigen Massen nicht die Kraft fänden, einen Ausweg aus dieser Sackgasse zu eröffnen, in die der sterbende Kapitalismus hineingekommen ist. Dieser Ausweg besteht lediglich darin, daß die Produktion nicht mehr von dem Verwertungsbedürfnis des Kapitals abhängig gemacht wird, nicht mehr lediglich der Profitbeschaffung dienen soll, sondern daß die Produktion auf das Bedürfnis der breiten Massen eingestellt und danach orientiert wird, daß sie planmäßig betrieben wird und daß nicht, wie heute, anarchisch für den Markt produziert wird. Es ergibt sich also aus den Ursachen dieser Krise, daß ganz andere Wege zu ihrer Beseitigung eingeschlagen werden müssen, als sie etwa heute hier vorgeschlagen werden.

Nun wird ein Versuch zur Behebung der Krise unternommen: das soll die kapitalistische Rationalisierung sein. Auch über dieses Wort wird sehr viel philosophiert. Aber man soll bei der Wirklichkeit bleiben. Die kapitalistische Rationalisierung ist der Versuch des Kapitals, Mittel zur Steigerung des Profits zu schaffen, die Ausbeutung zu steigern. Damit wird aber auch gleichzeitig das Massenelend gesteigert. Der Kapitalismus will die Krise mit Mitteln heilen, die zu ihrer Verschärfung führen müssen — also ein ganz unmöglicher Versuch. Die Steigerung der Ausbeutung soll erreicht werden durch Verlängerung der Arbeitszeit, Überstunden, Lohnabbau, Arbeitsteilung, Zeitberechnung nach der Stoppuhr, Zeitakkord, Prämiensystem, dann durch das laufende Band, die Beschleunigung des Maschinentempos, den Ausbau des Kontroll- und Strafsystems: Das sind die Mittel, die der Kapitalismus vorschlägt und ergreift, um die Produktivität zu steigern. Aber es kommt ihm nicht so sehr darauf an, die Masse der Produkte zu steigern — weil man keine Absatzmöglichkeiten dafür hat —, sondern es kommt ihm darauf an, eine entsprechende Masse von Produkten zu schaffen mit möglichst wenig Lohn für die Arbeiterschaft, mit möglichst hohen Profiten.

Außerdem versucht man, den Ertrag der kapitalistischen Produktion zu steigern durch Preiserhöhungen, Festsetzung von Monopolpreisen und durch die Einschränkung der Betriebe auf die möglichst leistungsfähigen. Wenn aber die Preise in die Höhe gehen, die Löhne absinken, so erfolgt damit eine Einschränkung der Kaufkraft der großen Masse der Werktätigen und damit

Einschränkung des Binnenmarktes, auf den Herr D. Winckler besonders Wert legt, wenn er sagte, 90 Prozent würden auf dem Binnenmarkt abgesetzt. Aber wenn die Kaufkraft der großen Masse der Konsumenten fortgesetzt durch Lohnabbau und durch Preissteigerungen eingeschränkt wird, dann wird auch hier der Binnenmarkt sehr wesentlich eingeschränkt. Also das ist auch kein Mittel, die wirtschaftliche Lage zu verbessern und zu heben.

Andererseits haben wir bei dieser Rationalisierung natürlich die Tatsache zu verzeichnen, daß das Heer der Proletarier ungeheuer vermehrt wird, da viele Tausende von selbständigen kleinen Existenzen diesen Konkurrenzkampf nicht mehr aushalten und ins Proletariat, in das Heer der Erwerbslosen herabgedrückt werden. So ist alles Gerede von der Hebung des Mittelstandes und der Sorge für ihn einfach inhaltlose Lufterschütterung, weil das ganze kapitalistische Getriebe zwangsläufig zur Vernichtung des Mittelstandes und der Kleingewerbetreibenden führt und ganz andere Wege gegangen werden müssen, um ihre Lage zu verbessern.

Wir sehen aber andererseits, daß die Methode, mit der der Kapitalismus seine Wirtschaft rationalisiert, ihm große Gewinne bringt. Wenn der Finanzminister hier zeigen konnte, daß in der letzten Zeit $2\frac{3}{4}$ Milliarden Kapital angelegt worden sind — also Kapital, das aus der Produktion herausgequetscht worden ist, sei es aus der Produktion, sei es aus der Ausbeutung der Mieter oder des Grund und Bodens, und als Kapitalanlage hier und da hineingesteckt worden ist —, so beweist das, daß die heutige Wirtschaft nur dazu dient, einer kleinen parasitären Gruppe von Staatsbürgern große Einkommen zu verschaffen und große Massen der Bevölkerung rücksichtslos im Elend versinken zu lassen. („Sehr richtig!“ bei den Kommunisten.)

Es kommt hinzu, daß die kapitalistische Rationalisierung von dem Reichsverband der deutschen Industrie so gedacht ist, daß die Staatsausgaben soweit wie möglich herabgedrückt werden, um den Prozentsatz, den die Besitzenden an den Staat abzuführen haben, zu verringern durch Einschränkung der Abteilungen, durch Personalabbau. Es wird besonders vom Staatsrat in seinem Gutachten gerügt, daß der Personalabbau noch nicht genügend vorgenommen worden ist. Auch hier sind wieder die unteren

Beamenschichten die Leidtragenden; denn für die oberen — das wissen wir aus Erfahrung — wird in jeder Weise gesorgt.

Die Auswirkungen der Rationalisierung zeigen sich in der Vermehrung des Arbeitslosenheeres, in der Einschränkung der Konsumkraft der Massen, in der Verengung des inneren Arbeitsmarktes und der Vermehrung des Proletariats. Die Opfer dieses Systems sind die werktätigen Massen. Die Gesellschaft selbst ist unfähig geworden, ihren Mitgliedern Arbeit und Brot zu geben, die Regierungen sind unfähig und nicht gewillt, den Opfern dieses Systems zu helfen. Wohl hat die Staatskasse eine offene Hand, wenn die „notleidenden“ Kapitalisten und Agrarier kommen. Da werden Subventionen gezahlt, Steuerstundungen oder Steuererlasse gewährt. Für die „Notlage“ der Kapitalisten, der Besitzenden, herrscht volles Verständnis bei den Regierungen und auch bei den bürgerlichen Parlamenten. Aber für die Notlage der werktätigen Massen, der großen Massen der Bevölkerung, ist kein Geld vorhanden — da kommt man sofort mit dem Einwand der Millionen, die nötig sind. Die Parlamente verweigern die Mittel für die Einschränkung dieser Not.

So ergibt sich für die Werktätigen der Zwang zur Notwehr, zur Selbsthilfe, und zwar durch den Klassenkampf auf wirtschaftlichem und politischem Gebiete, um ihre Forderungen in gemeinsamer Front durchzusetzen.

Diese Lehre hat den werktätigen Massen der Kongreß der Werktätigen gegeben, der in diesen Tagen in Berlin stattgefunden hat. Auf diesem Kongreß waren 1956 Delegierte, darunter auch aus den Reihen der Sozialdemokratie 137 Vertreter, 800 Parteilose, 42 Vertreter der kleinbäuerlichen Bevölkerung und sogar 9 Vertreter aus dem christlichen Lager. Warum ist dieser Kongreß zustande gekommen? Etwa weil die Kommunistische Partei es verstanden hätte, diese großen Massen mit irgendeiner Agitationsphrase einzuseifen? — Nein, dann wäre ein solcher Kongreß niemals zustande gekommen. Der Kongreß wurde einberufen, weil in den werktätigen Massen, unter den christlichen und den nichtchristlichen Arbeitern, das Bedürfnis vorhanden ist, einen Ausweg aus dem Massenelend zu finden. Überall Versprechungen, bei den Parteien Vertröstung auf die Maßnahmen der Parlamente, Bittgänge zu den Regierungen usw.; aber kein

Ausweg, keine Verminderung, sondern Wachstum des Elends! So streben die Massen danach, einen Ausweg aus diesem Dilemma zu finden, und so hat sich für sie in diesem Kongreß der Werktätigen der Ausweg eröffnet, zunächst wenigstens einmal zusammenzukommen, sich über alle Parteischranken hinwegzusetzen und zu gemeinsamen Beschlüssen zu gelangen. Die Auswirkungen einer solchen Tat der werktätigen Massen können nicht etwa nach dem Abschluß des Kongresses verblasen, sondern diese Tat des Kongresses der Werktätigen wird die Folge haben, daß sich die Massen überall zusammenfinden, um das einzig mögliche Mittel zur Beseitigung dieses Massenelends anzuwenden, nämlich einen energischen und entschlossenen Klassenkampf. („Sehr wahr!“ bei den Kommunisten.) Die Kampfforderungen, die der Kongreß aufgestellt hat, waren gegen diese kapitalistische Rationalisierung, gegen die Verlängerung der Arbeitszeit, gegen das Antreibersystem gerichtet. Es waren Forderungen, die an die Gemeinden, an den Staat und an die Arbeiterschaft selbst zur Abhilfe der Massenerwerbslosigkeit gestellt wurden — Forderungen, die sich richten gegen die Notlage des werktätigen Mittelstandes und der armen Bauern, gegen die vom Staate betriebene Steuer- und Zollpolitik, gegen die Klassenjustiz und die Fürstengeschenke, gegen Kriegsgefahr und Vernichtung der Volksgesundheit — die ein solcher Zustand des Massenelends mit sich bringen muß —, gegen die Wohnungsnot und Forderungen auf vermehrten Mieterschutz. Das sind, im großen gesehen, die Forderungen, die der Kongreß aufgestellt hat. Die werktätigen Massen werden auch die Kraft finden, für diese Forderungen nicht nur mit Worten und Resolutionen einzutreten, sondern sie auch durchzusetzen gegenüber einer Minderheit, die heute kraft des Staatsapparates und der Presse die großen Massen ideologisch sowie politisch beherrscht. Sie werden diesen Parteien die Gefolgschaft versagen und sich selbst den Weg suchen, der nur der Weg zum Sturze des Kapitalismus unter Führung der Kommunistischen Partei sein wird. Von diesem Kongreß wird also neues Selbstvertrauen und neuer Kampfwillie ausgehen.

Gegenüber dieser Tatsache will es gar nichts besagen, wenn die Sozialdemokratie etwa glaubt, Vogel-Strauß-Politik betreiben zu können, indem der „Vorwärts“ — als neulich hier etwas über

den Kongreß der Werktätigen gesagt wurde — sich zu schreiben erlaubte, im ganzen Landtage habe niemand gewußt, was damit gemeint sei. Nun, zunächst einmal die Sozialdemokraten wußten ganz genau, was damit gemeint war, und das Zentrum wußte es auch, und die Deutschnationalen wissen aus der Kleinbauernbewegung ebenfalls genau, was auf dem Lande zur Vorbereitung des Kongresses der Werktätigen los gewesen ist. Sie waren also genau unterrichtet, und deshalb kann diese Spiegelfechtereie des „Vorwärts“ durchaus nicht verfangen.

Nun zum zweiten Punkt, dem Anwachsen der politischen Reaktion auf allen Gebieten: in der Gesetzgebung, auf kulturellem Gebiet und in der Verwaltung. Diese Reaktion zeigt sich besonders schlimm in der Gesetzgebung. Da erheben wir den Vorwurf und die Anklage gegen die preußische Regierung, daß sie nicht etwa durch ihre Vertretung im Reichsrat dieser Reaktion entgegenwirkt, sondern Werkzeug dieser Reaktion ist, indem sie ihre Mitglieder im Reichsrat instruiert, für diese reaktionären Gesetze zu stimmen. Das zeigt sich besonders bei dem Abbau der Erwerbslosenfürsorge und der Schaffung des Arbeitslosenversicherungsgesetzes. Hier tritt ganz besonders kraß in Erscheinung, was eine vom Reichsministerium dieser Tage herausgegebene Denkschrift über die Reichspensionäre ergeben hat. Diese Denkschrift enthält eine ungeheure Zahl von Reichspensionären — nicht etwa von solchen, die durch Krieg oder Arbeit Invaliden geworden sind, sondern von solchen, die im Vollbesitz ihrer Kräfte dem Staat keine Dienste mehr leisten, vielmehr im Gegenteil die Bezahlung noch zur Bekämpfung des Staates verwenden. Wir empfehlen der Regierung, diese Denkschrift allen Erwerbslosen und allen Alters- und Kriegsrentnern zum Weihnachtsgeschenk zu machen, damit diese sehen, wieviel Geld der Staat übrig hat, es einer kleinen Schicht von Parasiten an den Hals zu werfen. Diese Denkschrift würde die beste Aufrüttelung sein und würde den Schwindel widerlegen, daß die Regierung kein Geld habe, um den Erwerbslosen und den kleinen Rentnern Unterstützung zu gewähren.

Es ist ein billiges Vergnügen, wenn die Rechtsparteien versuchen, von diesem Skandal abzulenken, indem sie sagen: Wir haben auch Minister der Republik, die Pensionen beziehen. Ich will über die Berechtigung in keinem Falle streiten. Wir sind

der Meinung: Keiner dieser Gesellen verdient auch nur einen Pfennig Pension, wie auch die Generale keinen Pfennig Pension verdienen. Wenn sie erwerbslos sind, sollen sie stempeln gehen; dann sollen sie die Erwerbslosenunterstützung beziehen. (Zuruf bei den Kommunisten: „Dann wird sie nicht abgeholt!“ — Gegenrufe rechts.) Wir sind der Meinung, daß hier in der unverantwortlichsten Weise die Massen verhöhnt werden.

Wir haben ferner reaktionäre Bestrebungen und Maßnahmen auf dem Gebiete der Arbeitsgerichtsgesetzgebung in Gestalt des angenommenen Arbeitsgerichtsgesetzes zu verzeichnen. Auch da sucht man die Massen über den Charakter dieses Gesetzes irrezuführen. Man sucht den Massen einzureden, es sei durch die Annahme dieses Gesetzes eine wesentliche Verbesserung auf dem Gebiete der Rechtsprechung erfolgt. Wir Kommunisten haben dieses Gesetz bekämpft, nicht nur deshalb, weil große Schichten aus dieser Gesetzgebung herausgenommen worden sind — die Kriegsverletzten, die Beamten, andere Schichten — und weil bei dieser ganzen Art der Zusammensetzung der Gerichte keineswegs etwa der Einfluß der Arbeiterklasse, der werktätigen Masse in genügender Weise gesichert ist, sondern vor allem, weil diese Gerichte nichts anderes sind als eine Begünstigung der Arbeitgeber zur Niederschlagung der Ansprüche der Arbeiter. (Zustimmung bei den Kommunisten. — Zuruf bei der DNVP.)

Wir stellen fest, daß der ADGB, das heißt seine sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer, ein Notgesetz begünstigt haben, das eine Durchbrechung des achtstündigen Arbeitstages ist. Wir sehen, daß ein blamabler Schwindel damit getrieben wird, indem nicht etwa versucht wird, zu erzwingen, daß in Anbetracht der ungeheuren Erwerbslosigkeit eine Arbeitszeitverkürzung eintritt, sondern im Gegenteil die Bestrebungen der Unternehmer begünstigt werden. So wird auch das Arbeitsschutzgesetz in keiner Weise eine Sicherung des Achtsturentages bringen. Es ist überhaupt kein Arbeiter-Schutzgesetz, sondern soll vielmehr ein Gesetz zum Schutze der kapitalistischen Arbeit darstellen, durch das die Unternehmer begünstigt werden.

Weiter soll durch das Gesetz, durch Tarifverträge oder durch Anweisungen der Gewerbeaufsichtsbeamten festgelegt werden

können, daß im ganzen Jahre mindestens 250 Überstunden geleistet werden können. Das bedeutet mit anderen Worten die Einführung des neunstündigen Arbeitstages.

In die Reihe dieser Maßnahmen gehört ferner das Reichsvereinsgesetz, das die Polizeiaufsicht wieder in das politische Vereins- und Versammlungswesen hineinbringen will. Da stelle ich wiederum fest, daß es die Sozialdemokratie war, die im Landtage gegen einen Antrag der Kommunisten gestimmt hat, wonach die preußische Regierung angewiesen werden soll, auf die Reichsregierung einzuwirken, daß sie dieses Gesetz zurückzieht.

Dann die Frage des Diktaturgesetzes, die Bestrebungen, den Artikel 48 in die Form eines Gesetzes zu bringen, was wiederum nichts anderes sein wird als eine Einschränkung der Arbeiterrechte.

Hierher gehören weiter die Fragen der Einschränkung des Wahlrechts, der Hinaufsetzung des Wahlrechts vom 20. auf das 25. Jahr mit dem Ziele, die Jugend politisch zu entrechteten; die Versuche, alle mögliche Wahlgeometrie zu treiben, um den Einfluß der Arbeiterschaft herabzumindern; die sogenannte Strafrechtsreform, die Aufrechterhaltung der Todesstrafe — Bestrebungen, für die sich auch die preußische Regierung eingesetzt hat —, kurz, eine Reihe von gesetzgeberischen Maßnahmen, die in unheimlicher Weise dokumentieren, wie die politische Reaktion auf den verschiedensten Gebieten radikal vorwärtsschreitet gegen die erwerbstätigen Massen. Da kann man sich nicht damit herausreden — wie das hier und dort versucht wird —, daß diese Gesetzentwürfe Erbschaften der deutschnationalen Koalition seien, daß es Erbschaften des Ministers von Schiele seien. Alles in allem dokumentiert sich in dieser Gesetzgebung weiter nichts als eine Begünstigung der Kapitalisten, der Agrarier, der Bourgeoisie und die Entrechtung der Arbeiterklasse.

Dann die Reaktion auf dem Verwaltungsgebiete. Ich erinnere an die unerhörten Bestrebungen des preußischen Innenministers in bezug auf die Verschärfung des polizeilichen Vorgehens gegen sogenannte radikale Elemente. Gemeint sind damit die linksgerichteten Arbeiter; denn gegen die rechtsgerichteten radikalen Elemente kann die Regierung nicht vorgehen, weil der Verwaltungsapparat selbst rechtsradikal ist. Deshalb werden diese

Gruppen immer durch den Verwaltungsapparat geschützt sein. Sie sind sogar geschützt durch das höchste Gericht des Staates, den Staatsgerichtshof — wie die Denkschrift beweist, die der Staatsgerichtshof gegen das Verbot von Olympia und Wiking herausgegeben hat. Also, wir sehen, daß alle solche polizeilichen Maßnahmen sich gegen die werktätigen Massen richten und sich gegen die linksgerichtete Arbeiterschaft auswirken.

Wir stellen fest, daß die Verordnung des Ministers über die Beschlagnahme von Plakaten eine unerhörte Provokation bei Massendemonstrationen ist, daß sie nur darauf berechnet ist, die Arbeiter zu provozieren, damit man Gelegenheit hat, mit Gummiknüppeln auf sie loszuschlagen.

Ebenso ist die Verfolgung des Roten Frontkämpferbundes und das Verbot von Ortsgruppen nichts anderes als der Ausdruck einer wachsenden Reaktion in dem Verwaltungsapparat — selbst in diesem Apparat, an dessen Spitze Sozialdemokraten stehen.

Sodann die unerhörten Mißhandlungen durch Polizeibeamte auf den Polizeiwachen. Da nützt es gar nichts, wenn sich der jetzige Polizeipräsident Zörgiebel etwa hinstellt und den Polizeibeamten Höflichkeit vorschreibt. Die Praxis spricht dem Hohn. Die Tatsache, daß die Polizeibeamten unerhörte Mißhandlungen auf den Polizeiwachen begehen, ist nicht aus der Welt zu schaffen. Das wird nur möglich sein, wenn eine wirklich radikale Veränderung des Beamtenstandes vorgenommen wird; wenn man sich nicht etwa bloß mit Redensarten über republikanisches Beamtentum über die Sache hinweghilft, sondern wenn alle diejenigen Elemente aus der Polizei entfernt werden, die monarchistisch oder reaktionär eingestellt sind. Nun ist es irrsinnig, die Schuld bei den einzelnen Beamten zu suchen. Die Schuld an all diesen Dingen liegt vielmehr an dem System und an der Personalpolitik, für die sich ja neulich Herr Grzesinski im Staatsrat so eingesetzt hat. Es mutet wirklich lächerlich an, wenn man hört, daß es der Minister des Innern als einen Erfolg verzeichnet hat, daß diejenigen Beamten zu einem kleinen Prozentsatz zugenommen haben, die keine akademische Vorbildung für das Verwaltungswesen haben. Wir sind der Meinung, daß die paar Prozente, die dabei herauskommen, gar nichts beweisen; denn nicht auf die akademische Vorbildung kommt es an, sondern auf die Eignung,

mit den werktätigen Massen so umzugehen, wie sie es auf Grund ihrer wirtschaftlichen Bedeutung verlangen können. Wir sind der Meinung, daß diese Eignung bei den meisten akademisch Gebildeten keineswegs vorhanden ist und daß das, was in der Vorkriegszeit bereits den preußischen Landrat so anrühlich gemacht hat, heute noch in sehr großem Umfange besteht: nämlich die Verständnislosigkeit gegenüber den Bedürfnissen der werktätigen Massen.

Nun die Reaktion in der Justiz! Dort treten die Übelstände besonders kraß hervor, und das ganze Geschwätz von der Unabhängigkeit der Richter glaubt niemand. Die Richter glauben es selbst nicht; denn sie wissen, daß sie Angehörige der Bourgeoisie sind und deren Interessen zu vertreten haben. Würde ein Richter das nicht tun, und würde er die Interessen der werktätigen Massen wahrnehmen, so würde er — sobald das ruchbar würde — schleunigst auf dem Disziplinarwege beseitigt werden. Deshalb ist das ganze Geschwätz von der Unabhängigkeit der Richter nur dazu da, die werktätigen Massen darüber hinwegzutäuschen, daß wir die schlimmste Klassenjustiz haben, eine Klassenjustiz, die in keiner Weise dadurch gemildert wird, daß auf dem Firmenschild des Staates ein anderer Name steht.

Eines der schlimmsten Justizverbrechen ist an Max Hölz begangen worden, und es ist wirklich eine Schande für die deutsche Republik, daß man Max Hölz immer noch im Gefängnis behält und ihn dort auf die schikanöseste Weise behandelt, obwohl sich Zeugen gemeldet und erklärt haben, daß der Mord, dessentwegen Hölz zum Tode verurteilt wurde — er ist dann später zu lebenslänglicher Zuchthausstrafe begnadigt worden —, von einem anderen begangen worden ist. Wir verlangen deshalb, daß dieses Justizverbrechen schnellstens wenigstens soweit wiedergutmacht wird, daß Max Hölz auf freien Fuß gesetzt wird.

Wir sind ferner der Meinung, daß der Strafvollzug, wie er in den preußischen Gefängnissen gehandhabt wird, ein Strafvollzug ist, der nur darauf berechnet ist, die Opfer dieser Klassenjustiz durch ihren Aufenthalt in den Gefängnissen für die Zeit ihres Lebens zu Krüppeln zu machen, sie nur als Krüppel an Geist, Leib und Seele aus den Gefängnissen wieder herauskommen zu lassen.

Diese Zustände, die durch die Reisen des Rechtsausschusses in Ostpreußen festgestellt wurden, stinken zum Himmel. Diese Dinge, die selbst die Demokraten in öffentlichen Versammlungen zugeben müssen und die eine Schande der Republik sind, wurden immer noch nicht Anlaß, daß sich Parteien des Hauses bereit finden, hier die Frage durch Aussprache und Beschlüsse zu regeln! Das kennzeichnet ebenfalls den Geist des Strafvollzugs. Wenn wir auch gern zugeben wollen, daß unter den Strafvollzugsdirektoren ein paar weiße Raben sind — um so mehr werden diese aber wegen ihrer Humanität angegriffen.

Nun die Reaktion auf kulturellem Gebiet! In erster Reihe das berüchtigte Schmutz- und Schundgesetz. Wir erheben gegen die preußische Regierung die Anklage, daß sie nicht im Reichsrat dagegen Einspruch erhoben hat. Es war hier ausdrücklich verlangt worden, daß im Reichsrat die preußische Regierung — entsprechend der ursprünglichen Information ihrer Vertreter — Einspruch gegen das Gesetz erheben sollte. Da erklärt der amtliche preußische Pressedienst, das sei deshalb aussichtslos, weil man keine Mehrheit haben werde. Wir sind der Meinung, wenn ein so großes Land wie Preußen durch seine Regierung Einspruch erhebt, werden sich noch andere Stimmen finden — wir wissen es —, Vertreter anderer Regierungen, die sich an die Seite der preußischen Regierung stellen. Aber im Grunde genommen ist doch der Geist, der in der preußischen Regierung herrscht, heute derselbe Geist wie in der Reichsregierung. Deshalb ist es natürlich Unsinn, von dieser Regierung erwarten zu wollen, daß sie zum Kampf gegen diese Geschichte antritt. Es kommt in diesem ganzen Schmutz- und Schundgesetz die enge geistige Verwandtschaft der Deutschnationalen mit dem Zentrum zum Ausdruck. Es ist die Zeit der Muckerei wie zu Zeiten der lex Heinze. Man versucht, auf diese Weise der freiheitlichen Literatur alle Erschwernisse zu machen, die freiheitliche Literatur auszumerzen. Diese geistige Koalition zur Muckerei und geistigen Unterdrückung zeigt sich auch in dem angekündigten Reichsschulgesetz. Wenn heute hier davon gesprochen wurde, daß es fraglich sei, ob man nicht den Entwurf zurückgezogen habe, so ist mir davon nichts bekannt. Aber dieser Geist, der aus dem Reichsschulgesetz atmet, ist der Geist der Verpfaßung der Volksschule — der Geist

der finstersten Reaktion der Vorkriegszeit. Der Schulstreik, wie er jetzt in Westfalen unter der Führung evangelischer und katholischer Pfarrer durchgeführt wird, ist nichts anderes als der Vorkampf zur Durchsetzung dieses Reichsschulgesetzes. Damit sollen Tatsachen geschaffen werden, um im Reichstage durchzusetzen, daß diese Verpfaffung der Volksschule Gesetz wird.

Wir müssen auch hier die Anklage gegen die Sozialdemokratie erheben, daß sie durch ihr Weimarer Schulkompromiß den Weg für diese Verpfaffung geebnet hat, daß sie nicht den Mut gefunden hat, klipp und klar dem Zentrum gegenüber aufzutreten. Diese geistliche Schulaufsicht hat zu verschwinden, lediglich die weltliche Schulaufsicht soll erfolgen. Auch ihre Parole der weltlichen Schule ist ein Verhängnis, weil die Feststellung zeigt, daß durch die Isolierung der dissidentischen Eltern von den evangelischen und den katholischen Eltern, deren Kinder in gesonderte Schulen geschickt werden, diese Schulen ganz und gar den Pfaffen ausgeliefert sind. (Zurufe bei den Sozialdemokraten.) — Nicht nur keine besonderen weltlichen Schulen, sondern Kampf gegen die geistliche Schulaufsicht! Für die Verweltlichung der Schule kämpfen wir und nicht für besondere weltliche Schulen.

Das politische Muckertum tritt auch in Erscheinung in dem hier eingereichten deutschnationalen Antrag gegen den Intendanten der Staatstheater, Jessner. Es wird in der Presse, in den Rechtszeitungen Beschwerde geführt, daß so unsittliche Stücke im Staatstheater aufgeführt werden wie „Lulu“ von Wedekind. Ich glaube, daß Wedekind und andere Dichter nichts anderes in ihren Theaterstücken wiedergeben als das Spiegelbild der Gesellschaft. Das sind doch Gesellschaftsstücke, die sie geschrieben haben mit ihrer ätzenden Kritik — aber sie kommen an die Wirklichkeit der verfaulten Gesellschaft nicht heran. Was dort in Theaterstücken gezeigt wird, ist ein schwacher Spiegel dieser ungeheuer verfaulten Gesellschaft, unter der wir heute leben. Das sollte Ihnen auch die Tatsache beweisen, daß die Theaterpreise in den kleinen Berliner Theatern, wo die französischen Schwänke und Sittenstücke gespielt werden, von keinem Arbeiter bezahlt werden können: Preise von 10, 12 und 20 Mark, die nur von der zahlungsfähigen Bourgeoisie gezahlt werden können. Die Bourgeoisie bevölkert diese Theater, während dorthin, wo klassische

Stücke gegeben werden, nur die Werktätigen gehen und nicht die Bourgeoisie. Deshalb haben Sie (Nach rechts.) kein Recht, sich darüber aufzuregen, daß im Staatstheater solche Gesellschaftsstücke gegeben werden. Wer ist es denn zum Beispiel, der aus Anlaß der Tagung des Bundes der Landwirte die Friedrichstraße bevölkert, diese Art von Lokalen und die Bordelle? Es sind doch gerade Angehörige von Ihnen. Und jetzt wollen Sie die deutsche Sittlichkeit damit retten, daß Sie dem Staatstheater verbieten wollen, solche Stücke zu spielen.

Was die Beschwerde gegen die Hamlet-Aufführung angeht, so müssen wir sagen, daß es doch eine sehr große Bescheidenheit wäre, wenn die Republikaner annehmen würden, Jessner führe dort einen republikanischen Hamlet auf. Ich sage, man muß sehr bescheiden sein; denn ich habe in dem Stück verflucht wenig von republikanischer Gesinnung gemerkt. Aber ich muß sagen: Jessner hat versucht, in dem Stücke zu mildern, was in dem Urstück von Shakespeare in geradezu unheimlicher Weise in Erscheinung tritt, nämlich welches Verbrechergesinde auf den Königsthronen gesessen hat. Die englischen Königsdramen sind doch nichts anderes als die Widerspiegelung einer vollkommen verrotteten und wirklich demoralisierten Dynastie. Wenn Sie Jessner heute den Vorwurf machen, daß er Shakespeare nicht ungekürzt aufführt, so könnten Sie ihm vielmehr zu Dank dafür verpflichtet sein. Ich habe den Eindruck gehabt, als sei das eine wesentliche Abschwächung der Charakterisierung dieses Verbrechergesindels gewesen. („Sehr richtig!“ bei den Kommunisten.) Andererseits erheben wir — wenn wir selbst auch nicht für die Jessnerei schwärmen und sehr viel an Jessner auszusetzen haben — den schärfsten Protest, wenn Sie versuchen sollten, die Staatsaufsicht mobilzumachen, um die Freiheit des Theatermannes einzuschränken. Wir sollten gerade versuchen, dem Theatermann die größte Freiheit zu geben. Wir sind uns auch darüber klar, daß das Theater sich erst im Sozialismus volle Freiheit aneignen wird. Im Kapitalismus wird das Theater immer eine Stätte des Geldverdienens und aus diesem Grunde genötigt sein, auf vieles zu verzichten, was die zahlungsfähige Bourgeoisie nicht sehen will.

Nun noch zur Reaktion in der Reichswehr! Wenn von der SPD

in der letzten Zeit so ein Scheinkampf gegen Geßler geführt worden ist und wenn auch der „Vorwärts“ sich aufschwingt, von Geßlers „bewährter Verlogenheit“ zu schreiben, so sind wir doch der Meinung, daß der Kampf nicht ernst gemeint ist, sondern daß man hier eine kleine Entlastungsoffensive zugunsten von Stresemann und Geßler versucht und daß man hinter diesem Nebel des Geschreies von „Sowjetgranaten“ und Stinkbomben allmählich den Rückzug in die Große Koalition finden will, um an der Seite von Geßler die Reichswehr gegen Arbeiter zu kommandieren. Ich will zunächst die Tatsache feststellen, daß es bei der zweiten Lesung des Reichswehretats die Sozialdemokratie vorgezogen hat, sich auszuschweigen, daß sie darauf verwiesen hat: Bei der dritten Lesung werden wir es Geßler besorgen. Aber bei der zweiten Lesung, als es darauf ankam, die Massen gegen diese Geßlerei, gegen die Beeinflussung der Reichswehr durch die Schwarze Reichswehr mobilzumachen, da sehen wir, daß die sozialdemokratische Reichstagsfraktion feige kneift — eine Bestätigung dafür, daß der Kampf nicht ernst gemeint ist.

Ferner möchte ich feststellen, daß die sozialdemokratische Reichstagsfraktion Geßler den Reichswehretat bewilligt hat. („Hört! Hört!“ bei den Kommunisten.) Deshalb kann man nicht annehmen, daß dieser Kampf ernst gemeint ist. Man muß vielmehr annehmen, daß er geführt wird, um die Arbeiter irrezuführen und ihnen zu verschweigen, daß die Sozialdemokratie die Absicht hat, in das Lager der finsternen Reaktion abzumarschieren.

Ebenso die Schwarze Reichswehr. Auch da haben wir in der vorigen Woche bei unseren Auseinandersetzungen gesagt, was notwendig war; auch zu den faschistischen Verbänden. Außerdem stelle ich fest, daß auch die faschistischen Verbände nicht nur auf Grund der Unterstützung sozialdemokratischer Minister entstanden, sondern zu einem großen Teile von ihnen nachher noch unterstützt worden sind. Das Notwendige darüber haben wir in der vorigen Woche gesagt.

Wir sehen also eine Rechtsentwicklung im bürgerlichen Lager, wobei ich die Sozialdemokratie mit einschließe. Wir sehen, daß alles auf einen legalen Umsturz eingestellt ist — und wenn es nicht auf dem legalen Wege geht, dann auf dem Wege der Gewalt.

Die preußische Regierung hilft ihnen dabei, und zwar durch ihre Begünstigung der Hohenzollern. Sie hat ihnen nicht nur Milliarden geschenkt, sondern muß auch noch Millionen für die Pensionierung der Hoflakaien aufwenden, wovon der Minister kein Wort gesagt hat. Sonderbarerweise — oder nicht sonderbarerweise, sondern verständlicher Weise hat sich der Finanzminister über die Wirkungen des Hohenzollernvertrages vollkommen ausgeschwiegen und davon bei der Etatsrede kein Wort erwähnt. Wir können es daher nicht unterlassen, diese Tatsache in das rechte Licht zu rücken.

Außerdem wird die monarchistische Reaktion begünstigt, indem man diesen Hohenzollern das Recht auf Wohnsitz in Deutschland eingeräumt hat. Die Hohenzollern sind nicht bescheiden, sind nicht zufrieden mit dem Milliarden Geschenk, das der Preussische Landtag ihnen gemacht hat. Sie sind von dem Geiste Raffkes angesteckt. Aus den Mitteilungen, die der Exkaiser an die amerikanischen Journalisten gegen gewaltige Mengen Dollars verhökert hat, geht hervor, daß er diesen Erfolg eigentlich seiner geschäftstüchtigen Hermine zu verdanken hat, die auch über Herrn von Berg sehr empört gewesen ist, daß er so bereitwillig diesen Vertrag mit dem Landtag abgeschlossen hat. Es scheint, als ob die Geschäftstüchtigkeit, die sonst von der Rechten immer einer besonderen Rasse zum Vorwurf gemacht wird, auch auf diesen Hohenzollern erheblichen Einfluß gewonnen hat. Wilhelm versteht sich auf Reklame und Geschäft. Selbst die intimsten Empfindungen seines Liebeslebens verhökert er gegen amerikanische Dollars. Wenn Herr D. Winckler von der monarchistischen Spitze gesprochen hat, so könnte man mit einer gewissen Variation sagen — das hat auch Wilhelm in seinem Liebesbrief zum Ausdruck gebracht —, daß diese monarchistische Spitze einen ziemlich späten Johannistrieb bekommen hat und er nun aller Welt kundtut, daß sie beide wer weiß wie liebenswert in Doorn leben. Ich glaube, daß die Öffentlichkeit sehr wenig interessiert. Aber die Komödie, die dort aufgeführt wird, ist materiell sehr einträglich. Ich glaube, wir können den Amerikanern den Rat geben, Wilhelm ganz hinzunehmen, und wir können Wilhelm den Rat geben, nicht nur gelegentlich sein Innerstes gegen Dollars zu verhökern, sondern ganz und gar nach Amerika

zu gehen; dort gibt es sehr große Varietés, dort wird er einen einträglichen Erwerb finden. Aber uns soll er verschonen. Vorläufig scheint sich dieser Mann auf den Einzug in Deutschland einzurichten. Und damit das wirklich mit einigem Aufsehen geschehe, soll er sich eine rote Husarenuniform bestellt haben. Wir wollen abwarten, ob wir diese rote Husarenuniform in der nächsten Zeit zu sehen bekommen. Aber wir gestehen: Wir werden alles versuchen, dem Mann in Deutschland den Boden so heiß zu machen, daß er es vorzieht, nach Amerika zu gehen. Wenn Wilhelm sich selbst in monarchistischen Kreisen keiner sonderlichen Sympathie erfreut — diese Kreise haben auch eigentlich niemals für das Königshaus gekämpft, auch die französischen Royalisten kämpften nicht für das französische Königshaus, sondern nur für ihre eigenen materiellen Interessen —, so wissen wir doch, daß diese Kreise auf die Dummheit eines großen Teiles des Volkes spekulieren und diese Dummheit ausnutzen wollen, um gelegentlich auch einen solchen monarchistischen Putsch zu machen.

Als weiteres Anzeichen des Anwachsens der Reaktion sind die Bestrebungen auf Schaffung der Großen Koalition anzusehen. Da meine Redezeit zu Ende geht, muß ich mich sehr kurz fassen. Diese Schaffung der Großen Koalition bedeutet mit anderen Worten nichts anderes als die Schaffung der großen Reaktion. („Sehr richtig!“ bei den Kommunisten.) Silverberg hat es in Dresden nur zu deutlich ausgesprochen: Wir brauchen die Sozialdemokratie in der Regierung, um die reaktionären Gesetze durchzuführen und die Arbeiterschaft davon abhalten zu können, daß sie den Kampf gegen diese Gesetze aufnimmt.

Herr Dr. Scholz von der Deutschen Volkspartei hat allerdings Herrn Dr. Stresemann nicht gerade einen Gefallen mit seiner Äußerung über das Zusammenarbeiten getan. Wenn sich Herr Scholz außerdem noch erkühnt, den Deutschnationalen gut zuzureden und von ihnen als den „unerzogenen Kindern“ spricht, die noch zu den Staatsnotwendigkeiten erzogen werden sollen — so sind wir gewiß, daß diese Erziehung durchaus im Gange ist und sich auch die Deutschnationalen letzten Endes damit abfinden werden, mit der Sozialdemokratie in einer ganz großen Koalition zu sitzen. Auch bei der Sozialdemokratie wird das angesichts ihrer ganzen Stellung keine Schwierigkeiten machen.

Noch ein Wort zur Verschärfung der außenpolitischen Verhältnisse! Trotz allen Friedensgeredes und aller Völkerbundstagungen sehen wir, daß, je mehr vom Frieden geredet, um so mehr zum Kriege gerüstet wird. Wir sehen die ungeheure Verschärfung der Beziehungen zwischen Italien und Frankreich. Wir sehen die Bestrebungen Englands auf Schaffung eines Kontinentalbundes, der sich zum Teil wirtschaftlich gegen Amerika, aber politisch gegen die Sowjetunion richten soll. Deshalb sind diese Entwicklungen von größter Gefahr für die werktätigen Massen. Und wenn es die Sozialdemokratie in dieser gefährlichen Situation unternimmt, durch ihre Hetze die werktätigen Massen von der Sowjetunion abzuschrecken, sie zu verwirren, um sie zu Opfern dieser imperialistischen Kriegshetze zu machen — so begeht die sozialdemokratische Führerschaft damit das gleiche Verbrechen, welches sie im August 1914 begangen hat. („Sehr richtig!“ bei den Kommunisten.) Aber wir können sagen, daß sich die Zeiten in bezug auf die werktätigen Massen geändert, daß die werktätigen Massen die Lehren des Krieges nicht vergessen haben. Es wird in diesem Falle der Kommunistischen Partei gelingen, mit Hilfe des Kongresses der Werktätigen und der dadurch geschlossenen Front, die Massen gegen diese Lügenhetze immun zu machen, die in der sozialdemokratischen Presse getrieben wird. Wenn heute Herr Dr. Waentig — und zwar gegenüber einer ganz klaren Darstellung, daß dieser von Herrn Kuttner verlesene Brief¹ eine Fälschung war — hier eine Erklärung abgibt und versucht, die Sache dadurch glaubhaft zu machen, daß er sagt, dieser Brief sei bei den Banken angekommen — ja, glauben Sie denn, daß die Fälscher solche Trottel sind, daß sie den Brief direkt dem „Vorwärts“ schreiben werden? Natürlich haben sie die Briefe an beide Banken geschickt, um glaubhaft zu machen, daß sie wirklich aus Moskau gekommen wären. Es steht fest, daß dieser Brief nicht von dort ge-

¹ Es handelt sich um einen vom Abgeordneten Kuttner (SPD) am 10. Dezember 1926 im Landtage verlesenen Brief, wonach angeblich das Reichswehrministerium einer sowjetischen Staatsbank Geld überwiesen hätte. Diese Fälschung sollte als „Beweis“ für angebliche Waffen- und Munitionslieferungen der Sowjetunion an die Reichswehr dienen. *Die Red.*

schrieben wurde, daß er eine Fälschung ist — daß er mit Wonne von der Sozialdemokratischen Partei und einem sozialdemokratischen Abgeordneten benutzt wurde, ohne daß dieser sich vergewisserte, ob er eine Fälschung ist, eben um gegen die Sowjetunion zu hetzen. Das entspricht durchaus der politischen Schurkerei, die die sozialdemokratische Führerschaft seit dem Bestehen der Sowjetunion immer und immer gegen die Sowjetunion betrieben hat. Der Ausweg, den die Kommunistische Partei den werktätigen Massen aus diesem Dilemma, diesem Massenelend, der politischen Reaktion und der Kriegsgefahr zeigt, ist der: durch Zusammenschluß und Klassenkampf alle Kräfte im Proletariat zu sammeln, um auf dem Wege der Niederschlagung des Kapitalismus den Weg zu gehen, den die russischen Arbeiter und Bauern gegangen sind. („Sehr wahr!“ bei den Kommunisten.) Sie haben den Kapitalismus gestürzt; sie haben die kapitalistische Herrschaft vollends ausgerottet, und sie sind kraft dieser Maßnahmen in der Lage, eine Gesellschaftsordnung aufzubauen — zwar zunächst mit großen Schwierigkeiten, aber aufzubauen —, um damit eine Gesellschaft zu schaffen, bei der nicht der größte Teil der Bevölkerung im Massenelend lebt, sondern in der jeder, der mitarbeitet, auch die Früchte der Arbeit genießt. Deshalb schließe ich, indem ich den werktätigen Massen zurufe, nicht auf die Parlamente zu hoffen, nicht auf die bürgerlichen Parteien, sondern auf ihre eigene Kraft zu trauen und unter der Führung der Kommunistischen Partei den Weg zu gehen zum Sturz des Kapitalismus — aufzurichten die revolutionäre Arbeiter- und Bauernregierung.

„Sitzungsberichte des Preußischen Landtags, 2. Wahlperiode, 1. Tagung“, 11. Bd.

Kampf für die Befreiung der proletarischen politischen Gefangenen!

*Zur Begründung eines Urantrages
Preußischer Landtag
18. Januar 1927*

Das Wirken der deutschen Klassenjustiz ist durch die ungeheuerlichen Urteile, die gegen Arbeiter gefällt wurden — die nichts anderes unternommen hatten, als in Zeiten ungeheurer Not ihr Recht auf Existenz, auf Leben, zu verteidigen —, zu bekannt, als daß es noch notwendig wäre, die Einzelheiten dieser ungeheuren Urteile darzulegen. Daß aber selbst der Bourgeoisie das Gewissen wegen dieser Bluturteile schlägt, geht daraus hervor, daß das „8-Uhr-Abendblatt“ einen Silvesterartikel brachte, in dem die Frage aufgeworfen wurde, ob sich denn nicht aus Anlaß des Jahresschlusses irgend jemand fände, der eine Amnestie für die politisch Verurteilten fordert. Der Redaktion des „8-Uhr-Abendblatts“ war wohl nicht bekannt, daß am 11. November von der kommunistischen Fraktion des Landtages und dann von der kommunistischen Fraktion des Reichstages eine Amnestie für die proletarischen politischen Gefangenen gefordert worden ist. Andererseits wurde auch in der „Vossischen Zeitung“ eine gleiche Anregung an die höchsten Justizbehörden und an den obersten Beamten der deutschen Republik¹ gerichtet. Als Antwort hat die Öffentlichkeit von diesem obersten Beamten der deutschen Republik die Nachricht erhalten, daß die Meldung, man erwäge eine Amnestie, falsch sei. („Hört! Hört!“ bei den Kommunisten.) Also nicht einmal bis zur Erwägung einer Amnestie ist es gekommen. Wir Kommunisten erwarten auch nicht, daß dieser oberste Beamte Verständnis für die ungeheure Not hat, der die Familien und die von der Kerkerhaft Betroffenen ausgesetzt sind, daß er es etwa aus menschlichen Erwägungen über sich bringen würde, einen solchen Akt der Gnade zu erlassen, wie man es im bürgerlichen Jargon nennt.

Wir sind der Meinung, daß die Arbeiterschaft um den Erlaß

¹ Gemeint ist der Reichspräsident. *Die Red.*

einer Amnestie hart kämpfen muß. Nur durch das Massenaufgebot aller Werktätigen werden die Parlamente und die Behörden gezwungen werden, diesem Drängen nach Freigabe der politischen Gefangenen nachzugeben. („Sehr richtig!“ bei den Kommunisten.) Wenn wir trotzdem in den Parlamenten unsere Anträge einbringen, so deshalb, um den Massen zu zeigen, daß es nur die Kommunisten sind, die für die Freilassung der proletarischen politischen Gefangenen eintreten, daß aber das Geschreibsel in den bürgerlichen Blättern nichts als elende Heuchelei ist. Sie sind es doch, die diese Klassenjustiz stützen, die die Behörden gegen das revolutionäre Proletariat scharfmachen, wenn es kämpft. Aus diesem Grunde fordern wir auch in unserem Antrag, daß der Preußische Landtag in Form eines Gesetzes zunächst eine Amnestie für diejenigen beschließt, die von den preußischen Gerichten in die Kerker geworfen worden sind. Darüber hinaus soll das gleichzeitig auch zum Anlaß genommen werden, die Reichsregierung zu verpflichten, diejenigen freizugeben, die von den Gerichten des Reiches zu jahrelangem Zuchthaus und Gefängnis verurteilt worden sind. („Sehr richtig!“ bei den Kommunisten.) Die Tatsachen zeigen, daß alle diejenigen von den Klassengerichten nicht behelligt werden, die unter dem Einfluß monarchistischer Gedanken danach streben, das, was sich heute in der Form einer scheidemokratischen Republik als Staatsform manifestiert hat, zu beseitigen und die ganze Staatsgewalt wieder in die Hände der alten vorkriegszeitlichen Machthaber zu bringen. Sie können ungehindert ihr Handwerk betreiben. Und selbst wenn dort, wo sie allzu deutlich auf den gewaltsamen Umsturz hinarbeiten, eine Anklage erhoben wird, dann werden diese Elemente von den Klassenrichtern der Republik freigesprochen; oder aber, wenn man sie verurteilen muß, dann finden sich die Justizbehörden und der oberste Beamte der Republik bereit, Gnade vor Recht ergehen zu lassen. Diesen Elementen wird es ermöglicht, nach kurzer Zeit außerhalb des Gefängnisses ihre konterrevolutionäre Tätigkeit wieder aufzunehmen. Wir haben in den Prozessen der letzten Zeit gesehen, wie sich die Klassenrichter nicht nur mit diesen konterrevolutionären Elementen verbunden fühlen, sondern wie sie auch selbst volles Verständnis für gemeine Verbrechen dieser Elemente auf-

bringen. Der Landsberger Prozeß^[28] ist noch in allzu frischer Erinnerung, als daß nicht jeder den ungeheuren Gegensatz spüren sollte, der zwischen den Gerichtsverfahren gegenüber Arbeitern und den Gerichtsverfahren gegenüber Angehörigen der Schwarzen Reichswehr besteht. Wir haben außerdem die Tatsache zu verzeichnen, daß alle diejenigen, die sich an konterrevolutionären Handlungen und Bewegungen beteiligten, nicht nur begnadigt worden sind, sondern daß in der letzten Zeit sogar die Klassenrichter dazu übergehen, dem Hochverräter Lüttwitz für die drei Monate des Jahres 1920, für die Zeit des Kapp-Putsches, sein Gehalt als Staatsbeamter zuzusprechen. (Pfeifere bei den Kommunisten.) Wir haben ferner die Tatsache, daß das oberste Pensionsgericht diesem Hochverräter Lüttwitz für drei Jahre die Pension in der Höhe von 50 000 Mark zugesprochen hat. Das gleiche ist gegenüber den Hochverrättern Ehrhardt und Bischoff geschehen. („Hört! Hört!“ bei den Kommunisten.) So sieht es mit den Klassengerichten, mit der Unabhängigkeit der Gerichte der deutschen Republik aus, daß sie diejenigen, die der Republik an den Hals springen, noch mit Pensions- und Gehaltszahlungen belohnen. Diese Tatsache sollte jeden, der so etwas wie Gerechtigkeitsgefühl in sich trägt, zu der Forderung veranlassen, auch diejenigen freizugeben, die aus bitterstem Elend den Kampf in der Inflationszeit des Jahres 1923 aufgenommen haben („Sehr wahr!“ bei den Kommunisten.) — das müßte ihm, wenn die konterrevolutionären Elemente so von den Gerichten der deutschen Republik behandelt werden, eine Selbstverständlichkeit sein.

Wir stellen die Tatsache fest, daß in den Gefängnissen der deutschen Republik heute noch die Verurteilten aus der Bayrischen Räterepublik vom Mai 1919 schmachten, daß in den Kerkern der deutschen Republik noch Kämpfer, Arbeiter, schmachten, die in den Tagen des Kapp-Putsches aufgestanden sind, um die Kapp-Rebellen niederzuschlagen, und die dabei selbstverständlich auch zu den Kampfmitteln gegriffen haben, die von den Kapp-Rebellen gegen die Arbeiter selbst angewandt wurden. Während aber die Kapp-Rebellen auf freiem Fuß umherlaufen, während ihnen Ämter im Staate zur Verfügung gestellt worden sind, ihnen Pensions- und Gehaltsansprüche zugesprochen werden, sind die Kämpfer gegen den Kapp-Putsch heute noch in den Kerkern der

deutschen Republik. (Pfeifere bei den Kommunisten.) Ferner werden aus den schweren Zeiten der Kämpfe des Jahres 1921 die Arbeiter Bonensiepen und Wingerling noch unter der schweren Strafe des Zuchthauses und Gefängnisses gehalten und so schikaniert, daß sie zu dem verzweifelten Mittel des Hungerstreiks schreiten müssen, um eine erträgliche Behandlung im Gefängnis zu erzwingen. Das sind alles Auswirkungen dieser fürchterlichen Klassenjustiz in der deutschen Republik gegen die Arbeiter.

Dazu kommt die Ungeheuerlichkeit einer Prozeßführung, die — wenn man die Prozeßführung gegen die Landsberger Fememörder und die gegen Arbeiter vor dem Obersten Staatsgerichtshof in Leipzig gegenüberstellt — jedem Menschen, der noch die Fähigkeit hat, schamrot zu werden, die Schamröte ins Gesicht treibt über die Frechheiten, die die Richter sich bei diesem Staatsgerichtshof gegenüber den Arbeitern und ihren Rechtsbeiständen erlauben. (Zustimmung bei den Kommunisten.)

(Glocke des Präsidenten.)

Präsident Bartels, den Redner unterbrechend: „Herr Abgeordneter Pieck, Sie dürfen nicht von Frechheiten der Richter sprechen.“

Das, was sich bei dem Obersten Staatsgerichtshof während des Prozesses in Leipzig¹ abgespielt hat, was einer der obersten Staatsrichter, Niedner, sich an Verletzungen der Strafprozeßordnung geleistet hat, ist so groß, daß selbst bürgerliche Rechtsanwälte in ihren Schriften darlegen: Hier ist nicht nur in einseitiger Weise Recht gesprochen, sondern in ungeheuerlicher Weise die Strafprozeßordnung verletzt worden.

Gegen besseres Wissen sind die Paragraphen der Strafprozeßordnung ignoriert worden, um den Rechtsbeiständen der angeklagten Arbeiter die einwandfreie Wahrung ihrer Rechte unmöglich zu machen. Wir haben auch in der letzten Zeit ein gleichartiges Vorgehen dieses Obersten Staatsrichters Niedner zu verzeichnen. Erst dieser Tage ist ein Prozeß vor dem Obersten Staatsgerichtshof in der Sache Klemm geführt worden. Dem Arbeiter Klemm wurde vom Oberreichsanwalt zugesichert, daß seine Straftaten unter Amnestie fallen, worauf der Arbeiter in

¹ Siehe Seite 156/157 des vorliegenden Bandes. *Die Red.*

seine Behausung zurückkehrte. Als er dort seinem Beruf nachging, kamen die Schergen der deutschen Klassenjustiz und verhafteten ihn, um ihn vor die Schranken des Staatsgerichtshofs zu schleppen. Dieser Blutrichter Niedner hat den Mut, vor Gericht zu erklären:

Die Amnestierung durch den Oberreichsanwalt ist nur eine deklamatorische Erklärung gewesen (Zurufe bei den Kommunisten.), die für das Gericht und die Reichsanwaltschaft ohne praktische Bedeutung ist, weshalb der Antrag auf Einstellung des Verfahrens abgelehnt werden muß.

So etwas ist in der deutschen Republik möglich, wo man sich krampfhaft bemüht, von der Unabhängigkeit der deutschen Richter zu sprechen. Unabhängig sind die Richter von jedem Verständnis für das soziale Elend, aus dem die Kämpfe der Arbeiterschaft hervorgehen. Verständnis haben sie für die konterrevolutionären Verbrechen der Rechtsverbände. Sie fühlen sich seelisch und geistig mit diesen Verbrechern verbunden und haben alle Möglichkeiten der Entschuldigung zur Hand.

Etwas drastisch wird diese Tatsache durch die Denkschrift beleuchtet, die die preußische Regierung dem Hause in der Frage des Verbots der Rechtsverbände Olympia und Wiking unterbreitet hat. Da hat der Oberste Staatsgerichtshof tausend Entschuldigungen dafür gefunden, daß die Organisation Wiking eine ganze Schiffsladung von Munition angekauft hat, nur weil sie dafür die Erklärung abgab, sie wollte damit diese Munition dem Ankauf durch Kommunisten entziehen. („Hört! Hört!“ bei den Kommunisten.) Dafür haben die Richter volles Verständnis und führen als Entschuldigung dieser Rechtsverbände an, daß es für eine Organisation keineswegs belastend sein kann, wenn einzelne ihrer Mitglieder bewaffnet sind. Die Richter haben Verständnis und entschuldigen es, wenn von den Führern dieser Organisationen auch von der Anwendung von Gewalt und von revolutionärem Umsturz gesprochen wird — natürlich von konterrevolutionärem Umsturz —; da sagen die Richter: Das habe nichts mit Gewalt noch ernstesten Absichten zu tun, das seien deklamatorische Ausführungen, die man entschuldigen müsse, die aus dem Anlaß, aus der Situation zu erklären seien. Wenn diese selben Führer

an anderer Stelle das Gegenteil erklären, dann müsse man das glauben. Aber man müsse nicht das glauben, was diese Verbände hier und da geschrieben haben. Dieses Verständnis der Richter, diese Entschuldigungen gehen so weit, daß der Oberste Staatsgerichtshof sogar gegen die preußische Regierung vorgeht, der man doch wahrhaftig nicht unterstellen kann, daß sie etwa allzu mutig gegen die konterrevolutionären Bestrebungen einschreite. Sie kann das schon deswegen nicht, weil sie ja selbst ein Teil der Konterrevolution ist.

Aber wenn der Staatsgerichtshof sogar gegen die preußische Regierung vorgeht, um die Existenz und die Tätigkeit dieser konterrevolutionären Verbände zu ermöglichen, dann zeigt das jedem Einsichtigen, was für „unabhängige“ Richter wir in der Republik haben und wie berechtigt unsere Behauptung ist, daß wir von einer Blutjustiz, von Klassenrichtern sprechen, die in ihrem verbissenen Haß gegen die Arbeiterschaft heute nichts anderes sind als die bezahlten Werkzeuge der Konterrevolution. (Wiederholte lebhafte Zustimmung bei den Kommunisten.) Wir sehen, daß durch diese Gerichtsprozesse, durch diese Urteile ungeheures Elend über Tausende von Arbeiterfamilien gebracht wird. Mein Parteifreund Menzel hat Ihnen schon dargelegt, daß der Haß der herrschenden Kanaille so weit geht, daß sie sich nicht nur an den Arbeitern rächen, weil sie es wagen, ihre Rechte auch im Kampfe zu vertreten, sondern daß sie sich sogar an den Frauen und Kindern der Gefangenen rächen. („Sehr wahr!“ und „Hört! Hört!“ bei den Kommunisten.) Die Rote Hilfe, die Unterstützungsorganisation für die politischen Gefangenen und ihre Angehörigen, wurde notwendig, weil die Gemeindebehörden jede Unterstützung der Familien der eingekerkerten Arbeiter mit der Motivierung ablehnten: das sei selbstverschuldetes Elend, warum kämpfe denn der Arbeiter? — deshalb könne man den Frauen und Kindern der Eingekerkerten keine Unterstützung geben. Weil die Unterstützung von Frauen und Kindern der durch die Klassenjustiz in die Kerker geworfenen Arbeiter auf diese Weise abgelehnt wurde, ist die Rote Hilfe als Hilfsorganisation entstanden, um diesen Frauen und Kindern und auch den Gefangenen im Gefängnis durch die Gefangenenpakete und durch die Unterstützungen ein Zeichen proletarischer Solidarität zu geben.

Aber die herrschende Kanaille will, daß die „revolutionäre Brut des Proletariats“ ausgerottet wird. Deswegen will man auch nicht, daß ihnen diese Unterstützung zuteil wird. Deshalb versucht man, diese Hilfsorganisation zu unterdrücken, indem man der Roten Hilfe alle möglichen strafbaren Handlungen unterstellt: Sie entzöge durch Unterstützung der Flüchtlinge, durch Versorgung mit falschen Papieren Arbeiter der Verfolgung durch die Staatsanwälte. Aber wir stellen fest, daß es der Staatsanwaltschaft bis heute nicht gelungen ist, einen Beweis dafür zu liefern, daß die Organisation, die seit dem 1. Oktober 1924 als Mitgliederorganisation Rote Hilfe besteht, die angegebenen Straftaten begangen hat. Es stellt sich heraus, daß es bei der Verfolgung der Roten Hilfe nicht sosehr darauf ankommt, was man ihr fälschlich unterstellt, sondern daß man in erster Linie verhindern will, daß die Gefangenen und ihre Frauen und Kinder unterstützt werden. Das bittere Elend der Gefangenen und ihrer Angehörigen soll nach Meinung dieser herrschenden Kanaille die Arbeiter abhalten, sich dem kämpfenden Proletariat anzuschließen. Das ist der Zweck der Verfolgung der Roten Hilfe.

Mein Parteifreund Menzel hat ferner darauf hingewiesen, daß die Behörden sogar den „Mut“ haben, sich an den Kindern der Gefangenen zu vergreifen. (Pfeifrufe bei den Kommunisten.) Wenn die Rote Hilfe den Kindern der proletarischen Gefangenen ein paar Wochen Licht und Sonne in den Kinderheimen, die von ihr unterhalten werden, verschaffen will, da kommen die Wohlfahrtsämter — „Wohlfahrtsämter“, meine Herren! —, diese Kinderheime zu schließen, nur deshalb, weil in diesen Kinderheimen nicht die Bibel und das religiöse Gesangbuch auf dem Tische liegen und Hindenburg nicht an der Wand hängt. Da kommt man dazu, daß vom Wohlfahrtsministerium verlangt wird, im Barkenhoff in Worpsswede die symbolischen Gemälde von Heinrich Vogeler von den Wänden abzukratzen. Heinrich Vogeler, ein anerkannter Künstler — von dem Sie sich wahrscheinlich durch „entsprechende“ Bezahlung eine Anzahl Bilder erworben haben —, hatte es sich zur Aufgabe gestellt, im Barkenhoff die kahlen Wände mit seinen Gemälden zu schmücken. In diesen Gemälden wird die neue Gesellschaft, die durch den Kampf der Arbeiter einmal aufgerichtet werden wird, symbolisch dargestellt. Und nun

verlangen die Behörden, daß diese Gemälde wieder abgekratzt werden. („Hört! Hört!“ bei den Kommunisten.) Selbst der Vorschlag, daß es doch wohl genüge, wenn diese Gemälde mit Vorhängen versehen würden, um sie den Blicken der Kinder zu entziehen, den Besuchern des Kinderheims aber doch die Möglichkeit bliebe, sich diese Gemälde Heinrich Vogelers anzusehen, ist abgelehnt worden. Ich glaube, daß die Erbärmlichkeit der deutschen Republik nicht besser zum Ausdruck gebracht werden kann als durch diesen Befehl, die Gemälde abzukratzen. Gemälde, für die die Kinder vielleicht nur insofern Verständnis haben werden, als sie sich an den frischen Farben erfreuen, für deren symbolische Bedeutung ihnen natürlich noch das Verständnis abgeht. Aber es handelt sich nicht sosehr darum, daß die Kinder sich nicht an diesen Gemälden erfreuen sollen, vielmehr ist es der blinde, fanatische Haß gegen alles, was mit der Arbeiterbewegung zusammenhängt, was den Wohlfahrtsämtern den „Mut“ eingibt, in dieser Weise den Kindern proletarischer Gefangener den Aufenthalt in einem Kinderheim zu verleiden.

Die Rote Hilfe besitzt ferner das Kinderheim Elgersburg in Thüringen. Die dortige Regierung versuchte mit denselben Mitteln, dieses Kinderheim für die Aufnahme von Kindern unmöglich zu machen. Erst dadurch, daß wir die Regierung einluden, sich dieses Kinderheim einmal anzusehen, war es möglich, diese Maßnahme rückgängig zu machen, und die Vertreter der thüringischen Regierung mußten den Einrichtungen dieses Kinderheims offen ihre Anerkennung zollen. Während sie sich wahrscheinlich vorgestellt haben, daß in einem kommunistischen Kinderheim alles voller Spinnweben, Dreck und Schmutz sein müsse, mußten sie zugeben, daß das Kinderheim eine Musteranstalt ist.

Mein Parteifreund Menzel hat einen Brief der bremischen Polizeibehörde verlesen, die ebenfalls die mustergültige Einrichtung des Kinderheims Barkenhoff in Worpsswede zugeben muß. Aber dann kommen die Wohlfahrtsministerien und versuchen zu verhindern, daß Kinder proletarischer Gefangener in diesen mustergültigen Kinderheimen aufgenommen werden.

Hinter diesen Bestrebungen steckt nicht nur Unverständnis für die soziale Lage der Arbeiter und der proletarischen politischen Gefangenen, sondern dahinter steckt nichts anderes als die fana-

tische Rachsucht gegen das Proletariat, um die Arbeiter dafür zu bestrafen, daß sie für ihre Rechte zu kämpfen wagen.

So sehen wir, wie sich in den Urteilen der deutschen und der preußischen Gerichte, wie sich in der Prozeßführung, wie sich in der Verfolgung von Arbeitern und in der Ausübung von Rache an Frauen und Kindern der politischen Gefangenen der heutige Klassenstaat repräsentiert.

Durch die Arbeit, die in der Roten Hilfe geleistet worden ist, sind die Beweise für diese Behauptungen den Gerichten und den Justizbehörden zu Tausenden unterbreitet worden. Wenn es hier und da der Roten Hilfe gelungen ist, Gnadenakte zu erwirken, so dürfen diese Strafmilderungen und Straferlasse nicht darüber hinwegtäuschen, daß gerade diejenigen, die von der Klassenjustiz am schwersten betroffen wurden, heute noch in den Kerkern der deutschen Republik sind. Gerade um diesen am schwersten betroffenen Opfern der Klassenjustiz nach 5, 6 oder 7 Jahren Gefängnishaft ebenfalls die Möglichkeit zu geben, sich wieder einmal die Freiheit der kapitalistischen Welt — soweit diese den Arbeitern eine Freiheit ermöglicht — anzusehen; zu ihren Frauen und Kindern heimzukehren und sich beruflich zu betätigen — soweit das kapitalistische Elend dies zuläßt —, fordern wir Generalamnestie für alle proletarischen politischen Gefangenen.

Wir haben dem Gesetzentwurf, der dem Landtage unterbreitet worden ist, eine Form gegeben, die es nicht ermöglicht, etwa zu sagen, der Landtag sei für diesen Antrag nicht zuständig. Wir wissen, daß dieses Gesetz auf die Opfer der preußischen Klassengerichte beschränkt ist; aber wir fordern auch, daß die Annahme dieses Gesetzes von den Parteien, die hier ebenso wie im Reichstage vertreten sind, dazu ausgenutzt wird, daß auch im Reichstag der von der kommunistischen Fraktion eingebrachte Gesetzentwurf zur Amnestierung derjenigen, die vom Reichsgericht verurteilt worden sind, angenommen wird. Wir haben immer die Erfahrung gemacht, daß die Vertreter der einzelnen Parteien, wenn man mit ihnen persönlich spricht, wenigstens so tun, als ob sie volles Verständnis hätten, als ob auch sie den Gegensatz durchaus begriffen, der zwischen der Behandlung der Rechtsverbändler und der Arbeiterschaft besteht. Auch sie scheinen der

Meinung zu sein, daß für die Strafen, die für angebliche Straftaten aus dem Jahre 1923 verhängt worden sind, Amnestie gewährt werden müsse. Die weitere Entwicklung, die sich in Deutschland seit 1923 vollzogen hat, macht es notwendig, diese Strafen durch eine Amnestie endlich aufzuheben, mag es sich nun um Straftaten handeln, die die Arbeiter im Kampfe begangen haben sollen, oder um Straftaten, die infolge der Inflation, infolge der Not von den kleinen Handwerkern und vom kleinen Mittelstand begangen worden sind. Volle Amnestie für alles, was sich aus dem Jahre 1923 infolge der Inflationsperiode ergeben hat! Aber in erster Linie Freilassung der proletarischen politischen Gefangenen! Sie haben nur aus innerster Überzeugung gekämpft. Sie waren es, die den Kampf führten, weil sie sahen, daß Hitler und Ehrhardt vor den Toren standen, daß diese in Bayern, in Küstrin, im Norden von Deutschland rüsteten, um loszuschlagen, und sich selbst an die Stelle der herrschenden Clique zu setzen.

Wir wissen, daß jeder konterrevolutionäre Putsch in erster Linie auf der Arbeiterschaft lastet. Sie hat die Opfer eines solchen Wirrwarrs zu tragen. Es war daher ein Akt der Notwehr der deutschen Arbeiter, wenn sie 1923 bei den offenen Rüstungen der Konterrevolution selbst zu Rüstungen griffen, um die Voraussetzungen zu einem erfolgreichen Kampf bei einem konterrevolutionären Putsch zu schaffen. Deshalb ist es notwendig, daß die Amnestie über diese Vorgänge erlassen wird. Wir fordern auch, daß alle noch schwebenden Verfahren eingestellt werden.

Wir sehen seit 1923 die ernstesten Versuche des Obersten Staatsgerichtshofs und seiner Agenten, die Führung der Kommunistischen Partei ebenfalls in die Zuchthäuser zu bringen. Wir sehen das Bestreben, einen Prozeß gegen die Zentrale der Kommunistischen Partei herbeizuführen. Wenn man das, was vom Obersten Staatsgerichtshof gegen die Führer der Kommunistischen Partei als Anklage erhoben wird und das Urteil dieses Staatsgerichtshofs zur Aufhebung des Verbots von Olympia und Wiking gegenüberstellt, dann zeigt sich die Fratze der deutschen Klassenjustiz, dann zeigt sich das Doppelgesicht: einmal das freundliche, verbindliche Gesicht gegenüber den Konterrevolutionären und auf

der anderen Seite die wutverzerrte Fratze gegenüber der Arbeiterschaft. („Sehr wahr!“ bei den Kommunisten.) Wenn in dieser Anklage der Kommunistischen Partei zum Vorwurf gemacht wird, daß sie Hochverrat vorbereitet habe, indem sie Hundertschaften in der Arbeiterschaft gebildet habe, indem sie die Arbeiter angeblich bewaffnet haben soll, indem die Führer der Kommunistischen Partei dafür sorgten, daß die Voraussetzungen zur Abwehr der konterrevolutionären Putsche getroffen wurden, so glauben die Richter selber nicht daran, daß etwa im Strafgesetzbuch die Möglichkeit und Voraussetzungen für eine Bestrafung gegeben sind. Sie wollen offenen Rechtsbruch durchführen, den sie — teilweise verschleiert — seit dem Bestehen der Klassenjustiz immer betrieben haben. Je schärfer der Klassenkampf, um so offener und frecher ist aber der Rechtsbruch gegenüber der Arbeiterschaft. Das ist die Absicht, die in diesem Prozeß verfolgt wird. Offener Rechtsbruch unter der Niednerschen Strafprozeßführung, wo nicht mehr die Zeugen gehört werden, die zur Entlastung etwas zu sagen wissen, sondern wo man nur die bezahlten Polizeiaagenten hört, die aussagen müssen, was die Richter hören wollen. („Sehr wahr!“ bei den Kommunisten.) So soll der Prozeß vorbereitet werden, um eins zu erreichen: die Führer der Kommunistischen Partei ins Zuchthaus zu werfen, sie auf Grund des Republikschutzgesetzes der sogenannten bürgerlichen Ehrenrechte zu entkleiden, um damit die Möglichkeit zu haben, ihnen die Parlamentsmandate zu entziehen. Man will die Stimme der Kommunistischen Partei und der Arbeiter nicht mehr im Parlament hören, und da man das nicht verhindern kann, will man mit Hilfe der Gerichte den offenen Rechtsbruch durchführen, um auf diese Weise wenigstens einem Teil der Führer die Fähigkeit zur Bekleidung von Parlamentsmandaten zu nehmen. Das ist die Absicht, die mit diesem Prozesse gegen die Zentrale der Kommunistischen Partei verfolgt wird. Die Zentrale der Kommunistischen Partei wird diesen Prozeß zu führen wissen und den Beweis erbringen, daß die Klassenjustiz vor keinem Rechtsbruch zurückschreckt, um ihr Ziel, die Vergewaltigung der Arbeiterklasse, zu erreichen. Sie werden in wenigen Tagen hier über einen Antrag des Geschäftsordnungsausschusses zu entscheiden haben, wonach der Klassenjustiz die Genehmigung zur Verfolgung von

Abgeordneten dieses Hauses erteilt werden soll, um damit die Voraussetzungen zu schaffen, sie in den Kerker zu bringen. Was die Klassenjustiz auch unternehmen möge, sei es gegen die Führer der Kommunistischen Partei, sei es gegen die Kommunistische Partei selbst oder gegen das revolutionäre Proletariat, sie wird ihr Ziel, das Proletariat vom Kampfe abzuhalten, nicht erreichen, sondern sie wird mit ihren Urteilen nur erreichen, daß in immer weitere Kreise der werktätigen Massen das Bewußtsein dieser Klassenjustiz dringt und daß diese immer mehr veranlaßt werden, den Kampf gegen die Blutjustiz und ihre Kanailen zu führen, die auf dem Richterstuhle sitzen.

Natürlich ist das keine Sache der einzelnen Richter als Person. Sie als Vertreter der herrschenden Klasse sind es, die sich dieses Instrument des Klassenkampfes gegen die Arbeiter zugelegt haben und für die Urteile verantwortlich sind. Alles Gerede einzelner Abgeordneter, die Entrüstung über das Treiben der Klassenjustiz ist keinen Pfifferling wert, wenn Sie selber durch Ihre Gesetze und durch Ihr stilles Dulden dieser Klassenjustiz die Verantwortlichen für diese Bluturteile sind.

Wenn wir fordern, dieses Gesetz auf Erlaß einer Amnestie anzunehmen, so sagen wir: Es ist notwendig, die Opfer der Klassenjustiz herauszuholen, wichtiger aber ist, zu verhindern, daß sie überhaupt in die Kerker hineinkommen. Diese Aufgabe werden Sie aber nicht erfüllen. Sie ist daher die historische Aufgabe der Arbeiterklasse, die durch ihren Kampf nicht nur die Herrschaft der Bourgeoisie stürzt, sondern ihr auch die wirtschaftlichen Grundlagen ihrer Herrschaft nimmt, indem die kapitalistische Eigentumsordnung umgestellt wird auf das Gemeingut aller an den Produktionsmitteln, auf die sozialistische Wirtschaft. Dann wird die Klassenjustiz der Bourgeoisie gegen die Arbeiterklasse restlos beseitigt. Wir rufen den Arbeitern von dieser Stelle aus und auch draußen — wo wir unsere ganzen Kräfte dazu anbieten — zu, sie sollen sich zusammenballen, um diesen Zeitpunkt möglichst schnell herbeizuführen, um das heutige Klassenregime der Bourgeoisie zu stürzen und die proletarische Diktatur aufzurichten, um die Voraussetzungen für eine sozialistische Gesellschaftsordnung zu schaffen, um jedem, der arbeitet, die Mög-

lichkeit zu geben, das in gemeinsamer Arbeit Hervorgebrachte zu genießen, damit sich ein wirklich freies Menschentum entfalten kann. Wir ersuchen deshalb, unserem Antrage zuzustimmen.¹

„Sitzungsberichte des Preußischen Landtags, 2. Wahlperiode, 1. Tagung“, 11. Bd.

¹ Der Antrag wurde dem Rechtsausschuß überwiesen. Die Red.

Bruch mit dem blutigen Bethlen-Regime — Solidarität mit der ungarischen Arbeiterbewegung!

*Zur Geschäftsordnung
Preußischer Landtag
16. März 1927*

Die kommunistische Fraktion beantragt, mit dem Punkt 11 der heutigen Tagesordnung, der Beratung des Kultusetats, folgenden Antrag zu verbinden:

Von der ungarischen Bethlen-Regierung wird ein unausgesetzter, brutaler und blutiger Vernichtungskampf gegen die ungarische Arbeiterbewegung geführt. Durch Massenverhaftungen, Folterungen und Mißhandlungen wehrloser Gefangener, jahrelange Einkerkerungen und standrechtliche Erschießungen sucht die Bethlen-Regierung die Arbeiterschaft von jedem Kampfe um die Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Lage und die Erriingung politischer Rechte abzuschrecken. In diesen Tagen wurde bekannt, daß die ungarische Regierung erneut umfangreiche Verhaftungen von Arbeitern vorgenommen hat, nur weil sie der legal arbeitenden linkssozialistischen Partei angehören, oder weil sie versuchten, neben dieser Partei noch eine Organisation der linksgerichteten Arbeiter zu schaffen. Als Tatbestand wurde ihnen einzig und allein die Abhaltung von Unterrichtskursen zur Last gelegt. Die Budapester Polizeibehörden gaben bekannt, daß von den 76 verhafteten linkssozialistischen und kommunistischen Arbeitern 53 vor die Standgerichte gestellt werden sollen, die nach dem ungarischen Gesetz nur auf Todesstrafe erkennen dürfen. Die verhafteten Arbeiter wurden auf das grausamste mißhandelt, ihre Gesichter bis zur Unkenntlichkeit zerschlagen, ihnen die Kopf- und Barthaare ausgerissen, ihre Körper blutig geschlagen, um Geständnisse von ihnen zu erpressen. Diese Handlungen werden auch von der Polizei in keiner Weise bestritten.

Diese unerhörten Gewaltakte der ungarischen Regierung sind ein Rückfall in die schlimmsten Zeiten der mittelalterlichen

Barbarei. Sie sind die Auswirkung einer fanatischen Verfolgungswut gegen die organisierte Arbeiterschaft, deren Wirtschaftslage in Ungarn die tiefstehendste aller Länder ist. Jede Verbindung mit dieser Regierung führt zu einer Mitschuld an diesen Terrorakten.

Der Landtag wolle daher beschließen:

Das Staatsministerium wird beauftragt:

1. Die vom Preußischen Staatsministerium mit der ungarischen Bethlen-Regierung durch ihren Kultus- und Unterrichtsminister, Grafen Klebelsberg, geschlossene deutsch-ungarische Geistesgemeinschaft und das daraufhin an der Berliner Universität geschaffene ungarische Seminar aufzuheben,
2. die ungarische Regierung wissen zu lassen, daß diese Maßnahme als Ausdruck des Protestes des Landtages und des Staatsministeriums gegen die von ihr gegen die ungarische Arbeiterschaft angewandten Gewaltakte erfolgt.

Ich glaube, daß die Einleitung dieses Antrages alles zum Verständnis dessen enthält, weshalb dieser Antrag gestellt wird. Wir haben — das heißt das Preußische Staatsministerium — im vorigen Jahre eine sogenannte deutsch-ungarische Geistesgemeinschaft mit der ungarischen Regierung geschlossen. Ich glaube, daß gerade diese unerhörten Maßnahmen der ungarischen Regierung gegen die Arbeiter Anlaß genug sein sollten, jede kulturelle, politische und sonstige Gemeinschaft mit einer solchen Regierung abzubrechen.¹

„Sitzungsberichte des Preußischen Landtags, 2. Wahlperiode, 1. Tagung“, 13. Bd.

¹ Der Punkt 11 wurde mit der Beratung des Antrages verbunden. *Die Red.*

Weg mit den Willensvollstreckern des schwarzblauen Bürgerblocks!

Zur Geschäftsordnung
Preußischer Landtag

1. April 1927

Die kommunistische Fraktion bringt im Anschluß an die Diskussion über den Haushalt des Ministers des Innern¹ einen Mißtrauensantrag gegen den Minister des Innern ein, der folgenden Wortlaut hat:

Der Minister des Innern hat in seiner ersten Rede nach seinem Amtsantritt erklärt, daß er die Politik seines Amtsvorgängers Severing fortsetzen werde. Er hat damit nach Überzeugung der kommunistischen Fraktion zum Ausdruck gebracht, daß er wie Severing seine Aufgabe darin sieht, durch Knebelung der Arbeiterklasse, durch Duldung und Förderung der Femeorganisationen und durch weitgehendste Begünstigung . . .

(Glocke des Präsidenten.)

Präsident Bartels, den Redner unterbrechend: „Herr Abgeordneter Pieck, ich sehe darin eine Beleidigung des Herrn Ministers. Ich rufe Sie zur Ordnung.“

der faschistischen Verbände die Macht der Kapitalistenklasse zu stärken.

Minister Grzesinski überläßt, gleich Severing, die Kommandogewalt in der Schupo den monarchistischen und faschistischen Offizieren, deren Zahl er noch erheblich vermehrt.

Die arbeiterfeindliche Einstellung des Ministers trat erst letztlich wieder anläßlich der Demonstration zutage, die von der Berliner Arbeiterschaft als Antwort auf die Faschistenüberfälle von Lichterfelde-Ost, Potsdam und anderen Orten veranstaltet wurde.

Der Minister hat nicht nur die Schießerei der Schupo auf die

¹Der Berliner Polizeipräsident Grzesinski wurde im Oktober 1926 zum Minister des Innern berufen. *Die Red.*

Demonstranten in Charlottenburg und an der Weberwiese ausdrücklich gebilligt und damit die zahlreichen schweren Verletzungen von Proletariern und die Tötung eines Arbeiters gutgeheißen; seine im Landtage gehaltene Rede war vielmehr die direkte Aufforderung an die Schupo, noch rücksichtsloser gegen proletarische Demonstranten vorzugehen.

Der Minister des Innern hat ferner durch die Einbringung seines durch und durch reaktionären Schutzpolizeibeamtengesetzes, das den unteren Schupobeamten weitere Benachteiligungen bringt und sie fast völlig rechtlos macht, bewiesen, daß er als Vollstrecker des Willens des schwarzblauen Bürgerblocks^[29] nicht gesonnen ist, die berechtigten Forderungen der unteren Schupobeamten zu erfüllen.

Der Landtag wolle daher beschließen:

Der Landtag entzieht dem Minister des Innern das Vertrauen.¹

„Sitzungsberichte des Preußischen Landtags, 2. Wahlperiode, 1. Tagung“, 13. Bd.

¹ Den Mißtrauensantrag auf die Tagesordnung zu setzen, wurde infolge des Widerspruchs der Sozialdemokraten abgelehnt. Landtagspräsident Bartels weigerte sich, den Mißtrauensantrag drucken zu lassen, da er beleidigende Ausdrücke enthalte. *Die Red.*

Gegen Stahlhelmterror und Polizeiprovokation!

*Zur Geschäftsordnung
Preußischer Landtag*

I

4. Mai 1927

Die kommunistische Fraktion stellt folgenden Antrag, den sie als ersten Punkt auf die Tagesordnung zu setzen wünscht.

Es sind in der Presse gestern und heute Sonderanweisungen des Berliner Polizeipräsidiiums bekanntgeworden, die deutlich zeigen, daß hier eine unerhörte Provokation gegenüber der Arbeiterschaft vorbereitet werden soll. Diese ist darauf berechnet, daß die Arbeiterschaft nervös werden soll, um eine Stimmung und eine Situation zu schaffen, in der nicht nur der Stahlhelm, sondern auch die Schutzpolizei die Arbeiterschaft niederschlagen kann. Der Antrag lautet:

Der 8. Reichsfrontsoldatentag des Stahlhelms ist der gegen die Arbeiterschaft gerichtete Aufmarsch der organisierten Konterrevolution. Die Aufforderung des Stahlhelmführers Seldte, auch „dem frechen roten Gesindel“ in Berlin die Macht des Stahlhelms zu zeigen, ist nach den blutigen Überfällen auf den Stahlhelmtagen in Köln und Düsseldorf nur die Aufforderung zu weiteren Gewalttätigkeiten gegen die Arbeiterschaft.

Die Kommunistische Partei hat unter ausdrücklicher Ablehnung jedes tätlichen Angriffs auf den Stahlhelm die gesamte Arbeiterschaft Berlins aufgerufen, in den Tagen des Aufmarsches der Konterrevolution in höchster Alarmbereitschaft auf den Straßen zu sein, um sich gegen die angekündigten Überfälle zu schützen (Heiterkeit rechts.) und gegen den Aufmarsch der Konterrevolution zu demonstrieren. („Sehr richtig!“ bei den Kommunisten.) Gegen diese Aufforderung wurde sowohl von der sozialdemokratischen und der bürgerlichen Presse als auch von dem Preußischen Innenminister und dem Berliner Polizeipräsidenten eine infame Hetze unternommen,

durch die der Stahlhelm nur noch zu seinen Angriffen auf die Arbeiterschaft angespornt wird.

Während die bayrische Regierung jede Demonstration der linksgerichteten Arbeiterschaft verbietet und mit Waffengewalt auseinandertreibt, ohne daß die Reichsregierung die in der Weimarer Verfassung angeblich gesicherte Demonstrationstfreiheit schützt, läßt das Preußische Staatsministerium nicht nur den Aufmarsch der Konterrevolution in Berlin zu, sondern unterstützt sogar noch diesen Aufmarsch.

Durch die im Einvernehmen mit dem Staatsministerium vom sozialdemokratischen Berliner Polizeipräsidenten erlassenen Anweisungen an die Schutzpolizei sollen die Berliner Arbeiter an der Durchführung ihres Schutzes (Heiterkeit rechts.) und an politischen Gegendemonstrationen gehindert werden. Andererseits wird aber die Schutzpolizei in unerhörtem Ausmaß zum Schutze dieses Aufmarsches der Konterrevolution aufgeboden. Ferner wird in diesen Anweisungen auf Grund von Spitzelberichten eine infame Verleumdung und Hetze gegen die linksgerichtete Arbeiterschaft und die Kommunisten getrieben, um dadurch auch die Schutzpolizei zur Niederschlagung der Arbeiterschaft anzureizen. („Hört! Hört!“ bei den Kommunisten.) So gehen Stahlhelmführung, Staatsministerium und der Berliner Polizeipräsident in einheitlicher, gemeinsamer Weise in der Begünstigung der Konterrevolution und der Niederschlagung der linksgerichteten Arbeiterschaft vor. (Widerspruch bei den Sozialdemokraten. — „Sehr wahr!“ bei den Kommunisten.)

Die kommunistische Fraktion beantragt deshalb:

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag mißbilligt die in den Maßnahmen des Staatsministeriums liegende Begünstigung des Aufmarsches der organisierten Konterrevolution und die durch den Minister des Innern gegen die Arbeiterschaft ausgestoßenen Drohungen.
2. Das Staatsministerium wird ersucht, sofort die vom Berliner Polizeipräsidenten erlassenen Sonderanweisungen, die ein verschärftes Vorgehen gegen die linksgerichtete Arbeiterschaft bezwecken, aufzuheben und den Berliner Polizeipräsidenten

dentem anzuweisen, daß jede polizeiliche Einschränkung der von der Arbeiterschaft getroffenen Schutzmaßnahmen gegen die angekündigten faschistischen Überfälle und ihrer Gegen demonstration und jede Anwendung von Waffengewalt gegen die Arbeiterschaft zu unterbleiben hat.

Wenn wir jetzt verlangen, daß dieser Antrag sofort auf die Tagesordnung gesetzt wird, so glaube ich, daß das den Wünschen aller Parteien des Hauses entspricht (Widerspruch und Lachen rechts.), die doch wahrscheinlich den Mut haben werden, dafür einzutreten, daß sie den Stahlhelmtag in Berlin durchführen. Wir wollen ihnen die Gelegenheit geben, zum Ausdruck zu bringen, weshalb der Stahlhelmaufmarsch jetzt in Berlin stattfindet und beantragen, diesen Antrag als ersten Punkt der Tagesordnung zu behandeln.¹

II

28. Juni 1927

Die unerhörten skandalösen Überfälle, die am Sonnabend und Sonntag von den Angehörigen des Stahlhelms und der Rechtsverbände auf die Arbeiterschaft, auf die Mitglieder des Roten Frontkämpferbundes und des Reichsbanners unternommen wurden, sind derart aufpeitschend, daß der Landtag sofort zu diesen Vorgängen Stellung nehmen muß. Die Arbeiterschaft erwartet, daß der Landtag sich zu diesen Vorgängen äußert, ob es gestattet sein soll, daß Arbeiter von diesen Mordbanditen überfallen und niedergeschlagen werden können, ohne daß Polizei und Gerichtsbehörden sofort eingreifen und dies unmöglich machen. Wir gestatten uns deshalb, folgenden Antrag zu stellen:

Die unerhörten blutigen Überfälle, die am 25. und 26. Juni in Arensdorf, Schulzendorf und Landsberg von den Mitgliedern des Stahlhelms und der Rechtsverbände auf die Arbeiterschaft, die Mitglieder des Roten Frontkämpferbundes und des Reichsbanners unternommen wurden, und der Mord an dem Reichsbannermitglied Tietze in Arensdorf zeigen erneut auf, daß diese Überfälle in planmäßiger Weise von den Führern dieser

¹ Durch Widerspruch wurde die sofortige Beratung verhindert. Die Red.

Organisationen organisiert werden, um die linksgerichtete Arbeiterschaft niederzuschlagen. Dabei stellt sich immer wieder heraus, daß diese Verbände bei ihren Überfällen von der Polizei in keiner Weise gehindert, vielfach sogar unterstützt werden. Ferner zeigt das Verhalten der Justizbehörden, daß sie alle diese Überfälle und Morde der Faschisten an den Arbeitern in wohlwollender Weise beurteilen und die Mordbanditen entweder gar nicht oder nur zu sehr geringfügigen Strafen verurteilen. Der Zusammenhang der faschistischen Elemente in den Ministerien und Polizei- und Justizbehörden mit den faschistischen Organisationen und ihren Bestrebungen ist unverkennbar.

Der Landtag wolle daher beschließen:

I

Das Staatsministerium wird ersucht:

1. die für die Nichtdurchführung des Stockverbots^[30] beim Stahlhelmaufmarsch in Landsberg a. d. W. am 26. Juni verantwortlichen Polizeibeamten sofort ihres Dienstes zu entheben,
2. die an dem Überfall des Stahlhelms auf die Arbeiter beteiligten Personen sofort in Haft nehmen zu lassen,
3. die wegen des Überfalls auf die Reichsbannermitglieder am 25. Juni in Arendorf und wegen des Mordes an dem Reichsbannermitglied Tietze verhafteten, aber wieder freigelassenen („Hört! Hört!“ bei den Kommunisten.) Faschisten sofort wieder in Haft nehmen zu lassen,
4. alle wegen der Gegenwehr gegen den faschistischen Überfall verhafteten Arbeiter und Mitglieder des Roten Frontkämpferbundes sofort in Freiheit setzen zu lassen,
5. den durch den Überfall der Faschisten verletzten Personen sowie den Angehörigen des ermordeten Reichsbannermitgliedes Tietze eine Entschädigung zu zahlen und die Kosten seiner Beerdigung zu übernehmen,
6. alle faschistischen, rechtsgerichteten und sogenannten vaterländischen Organisationen, wie Stahlhelm, Olympia, Jungdo, Werwolf usw., sofort aufzulösen,

7. eine Entwaffnung der Mitglieder dieser Organisationen sofort vorzunehmen und ihnen alle Waffenscheine zu entziehen,
8. jede weitere Ausgabe von Waffenscheinen an die Mitglieder dieser Organisationen zu verbieten,
9. eine gründliche Säuberung unter den Beamten des Innen- und Justizministeriums und der Polizei- und Justizbehörden von faschistischen Elementen sofort vorzunehmen.

II

Eine Untersuchungskommission von 21 Mitgliedern einzusetzen, die die in den letzten zwei Jahren erfolgten gerichtlichen Freisprüche und geringfügigen Verurteilungen von Mitgliedern von Rechtsverbänden wegen ihrer Überfälle auf die Arbeiterschaft, die Mitglieder des Roten Frontkämpferbundes und des Reichsbanners nachprüfen soll.

Wir beantragen, diesen Antrag in Verbindung mit der Großen Anfrage der sozialdemokratischen Fraktion wegen der Überfälle am Sonntag und mit dem kommunistischen Urantrag Drucksache Nr. 6839 wegen des Verbotes des Roten Frontkämpferbundes in Dortmund als Punkt 2 auf die Tagesordnung zu setzen.¹

„Sitzungsberichte des Preußischen Landtags, 2. Wahlperiode, 1. Tagung“, 14. Bd.

¹ Am gleichen Tage hatten die Sozialdemokraten eine Große Anfrage zu denselben Vorfällen eingebracht. Da Innenminister Grzesinski erklärte, er könne diese erst am 1. Juli beantworten, sollte auch der kommunistische Antrag erst dann beraten werden. Wilhelm Pieck protestierte gegen diese Verzögerung.

Während der Verhandlungen am 1. Juli kam es durch provokatorische Zwischenrufe von deutschnationaler Seite zu einem Handgemenge im Landtage. Die Sitzung wurde unterbrochen und erst nach zwei Stunden wieder eröffnet. Der Präsident erklärte, keine Ordnungsmaßnahmen ergreifen zu können, da sich der Schuldige oder die Schuldigen nicht hätten feststellen lassen. Der Innenminister mußte das Tatsachenmaterial, das der kommunistische Redner vorgebracht hatte, voll und ganz bestätigen. Nachdem Grzesinski geendet hatte, vertagte sich der Landtag auf 15 Wochen, ohne über den kommunistischen Antrag zu beschließen. *Die Red.*

**Keine Koalitionspolitik,
sondern Kampf gegen die Kapitaloffensive,
für ein Bündnis der Arbeiter und Bauern!**

*Aus der Rede im Preußischen Landtag
16. Dezember 1927*

Was wir bisher von den Sprechern der vier größten Fraktionen dieses Hauses und von dem Herrn Ministerpräsidenten gehört haben, ist lediglich kleinlichstes Parteigezänk, sind kleine Plänkeleien, die der Ministerpräsident hier mit einigen Parteien des Hauses austrägt. Hinter all diesem Parteigezänk und dem Geplänkel steht getarnt die Frage, ob die Rechts- oder die Weimarer Koalition des Bürgerblocks die bessere Sicherung der Herrschaft des Trustkapitals ist. Hierbei befindet sich das Zentrum in der günstigen Position, daß es von zwei Seiten umworben wird, auf der einen Seite von den Deutschnationalen, auf der anderen Seite von den Sozialdemokraten. Die Sozialdemokratische Partei spielt bei diesem Streit, ob Rechts- oder Weimarer Koalition, vorläufig die Rolle einer Wach- und Schließgesellschaft (Heiterkeit.), damit der kapitalistischen Gesellschaft und dem Kapital von den revolutionär gesinnten Arbeitern kein Leid geschieht. Die SPD-Führer schimpfen wohl über die schlechte Bezahlung für ihre Leistung, schimpfen über den Bürgerblock, aber sie sind doch sehr glücklich, wenigstens bei der Firma angestellt zu sein. Die witzelnden Bemerkungen des Abgeordneten Heilmann über die inneren Gebrechen seiner Dienstherrschaft können nicht darüber hinwegtäuschen, daß die SPD nicht mehr der Feind der Bourgeoisie, sondern nur noch ihr Lakai und ihr Beschützer ist. („Sehr richtig!“ bei den Kommunisten.)

Auch was Herr Baecker von den Deutschnationalen hier vorgebracht hat, zeugt nicht etwa von kraftstrotzendem Bewußtsein, sondern war jämmerliches Gewinsel. Wahrscheinlich ist der deutschnationalen Fraktion ein Wink von ihren Finanziers gegeben worden: Wir Herren vom Trustkapital haben Pläne, die ihr uns im Landtag nicht durchkreuzen dürft. Wir wissen doch, daß das Trustkapital in der Frage des Einheitsstaates Pläne hat,